

Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Fürstlicher Nr. 236]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Gesprecher Nr. 256

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Naturtage des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannistraße Nr. 60/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 65 Pf. — Postzeitungszettel Nr. 1089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigenabgabe beträgt für die vierzehntägige Zeitreihe oder deren Teile 15 Pf., für Verhandlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Zeitschriften für die nächste Sturmzeit müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Sonnabend, den 3. März 1906.

13. Jahrg.

Flugsatze des Volkes

Fürst Bülow's Triumph — Des deutschen Volkes Ende.

II.

Wärde die nun anbrechende Periode agrarischer Hochschutzpolitik sich aufdrücklich in einer Erhöhung der Preise für die unentbehrlichen Nahrungsmittel äußern, so wäre dies ein schweres Unglück für die Arbeitersklasse, wie wir dies in dem vorangegangenen Artikel in großen Zügen dargelegt haben, aber es wäre noch immer die Wohlheit gegeben, die Besteuerung der Lebenshaltung des Arbeitersklasse von den Arbeitern auf die Unternehmer abzuwenden, wenn auch hierzu überaus schwere, kostspielige und gefährliche Vorbülpse notwendig wären, welche ihresgleichen in der sozialen Geschichte Deutschlands nicht gehabt haben. Dies wäre aber nur mit erheblicher Auslastung auf Esse möglich, wenn der Geschäftungsgrad unserer Fabrik während der Herrschaft der agrarischen Hochschutzpolitik den gleichen Entwicklungsgang beibehalten würde, wie dies seit dem Jahre 1893 der Fall war. Dass wir aber damit nicht rechnen können, verschafft zum unheimlichen Schaden für die Arbeitersklasse die Wirkung des Hungertaxis.

Die deutsche Industrie wird ausser schwerste durch die Handelsverträge geschädigt, die auf Grund des Bismarcks, den niemand energischer als die Sozialdemokratie befürwortete, abgeschlossen wurden. Nebenfalls ist den Agrarzonen diese indirekte Wirkung ihrer Politik überaus erwünscht, denn eine Verlängerung der Entwicklung zum Industriestate erscheint als das höchste Ziel der Agrarzonen politischer Hünft. Sie stehen sehr wohl voran, daß die Folge auf zollpolitischen Gebiete, deren Früchte sie nun genießen wollen, nur dann zu erhalten sind und sich nur dann wiederholen können, wenn eine rückläufige Entwicklung unserer Volkswirtschaft, eine Stärkung der agrarischen Industrie selbst, eine Schwächung der industriellen Faktoren erzielt werden kann. Deswegen sehen sie mit Besorgnis, daß die neuen Handelsverträge der Industrie einen schweren Hemmschuh anlegen, ja sie hoffen, daß die Industrie schwere Schaden leiden werde.

Der unter dem Brücke der Großindustrie, des Reichstages, zustande getauchte Zollstaat hat das Land zu feindlichen Maßnahmen gegen die deutsche Industrie in Kontakt. Die deutschen Agrarzonen könnten die Zollsätze für Getreide, Fleisch usw. nur hinauszögern, indem der schweizerischen Industriestellen eine Erhöhung der Industriezölle zugestanden wurde. Dies führt dazu, daß nicht bloß diejenigen Städte, die nach Deutschland den Überschuss ihrer landwirtschaftlichen Produktion abgaben, also Kämpfermehrregel die Zölle auf denkbare Industriezölle erhöhten, es hatte auch zur Folge, daß jüngsten Staaten, mit denen wir in einem im wesentlichen industriellen Warenaustausch standen, die Zölle auf die industrielle Ausfuhr Deutschlands erheblich erhöhten. So wurde Deutschland mit gewaltigen Zollmassen umgeben, was die Preise der deutschen Industriegüter für das Land erheblich steigern wird, so daß der Absatz unserer Produkte schweren Abbruch bei unseren bisherigen Abnehmern erfahren wird. Dies wird nicht bloß die industrielle Entwicklung in unseren bisherigen austwärtigen Absatzgebieten erheblich schwächen, sondern auch dazu führen, daß die Handelswege abgesenkt werden, daß das, was bisher aus Deutschland bezogen wurde, künftig zum erheblichen Teile aus anderen Ländern, so aus England, der Schweiz, Österreich, Belgien, den Vereinigten Staaten von Amerika bezogen werden wird.

Nun ist es selbstverständlich, daß diese Rendierung der Beziehungen des Weltmarktes nicht einfalls in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März geschehen konnte. Die große Bedeutung des deutschen Industrieexportes besteht auch darin, daß die massenhaften, von Deutschland bezogenen Güter nicht sofort von unseren Konkurrenten zur Verfügung gestellt werden können. In einzelnen Industrien, so in der Elektroindustrie, in der Spielwarenfabrikation hat Deutschland einen so gewaltigen Vorsprung vor anderen Ländern, daß es längerer Zeit bedürfen wird, bis man sich vom deutschen Exporte unabhängig machen kann, wenn auch das deutsche Kapital, das immer große Worte für den Schutz der „nationalen Arbeit“ zur Verfügung hat, eisigst bemüht ist, durch Schaffung von Fabriken außerhalb Deutschlands das Ausland von der nationalen deutschen Arbeit unabhängig zu machen, wenn es für das deutsche sehr internationale Kapital etwas zu verdienen gibt.

Noch bedeutungsvoller aber dürfte für die deutsche Industrie, vor allem, so weit sie Güter für den Massenkonsum herstellt, die Verminderung der Konsumlast der deutschen Arbeitersklasse werden. Wenn die Arbeiter mit Arbeitslosigkeit, mit verringerter Beschäftigung, mit Besteuerung der Lebenshaltung zu rechnen haben, so müssen sie bei der Anschaffung von industriellen Massenartikeln wie Schuhen,

Kleidern, Möbeln, Wäsche und anderen Haushaltseinrichtungen, gegenständen usw. erhöhte Sparfertigkeit anwenden, als dies bisher sonst der Fall war. Sie werden somit schlechtere Abnehmer der deutschen Industrieprodukte werden, sie werden zu einer Veränderung der Produktion wegen der ihnen aufzwangenen geringeren Aufsichtsfähigkeit führen.

Nun hört man oft die Hoffnung, daß die Miss in der landwirtschaftlichen Arbeit durch erhöhte Worsküche einen Ausgleich schaffen werden. Diese Erwartung ist durchaus falsch. Gleich blieb sie stieg die Konsumlast der landwirtschaftlichen Arbeiter, weil infolge der Abschaffung derselben in die Städte die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern nur unzureichend beobachtet werden könnte, so daß die landwirtschaftlichen Unternehmer gezwungen waren, durch erhöhte Löhne den Abzug der Arbeiter in die Stadt zu verhindern. Die von uns erzielten Folgen der Bismarckschen Zollpolitik müssen naturnahmlich hierzu führen, daß die Abschaffung in die Städte aufhören wird, weil es nicht einmal für das städtische Unternehmen gezwungen Arbeitgeberhaftigkeit geben wird. Ja, es wird vielleicht eine Rückwendung in den alten Zustand in die Städte gezwungen, bei welchen die landwirtschaftlichen Arbeiter zu beobachten sind; in entfallen wird der Arbeitermangel in der Landwirtschaft aufhören und damit das einzige Motiv für eine Erhöhung der Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Politik der Schule, wonach das Kindergartenwesen der industriellen Arbeiter vorzuhalten wird, werden von nun ab wieder mit einer Verminderung der Löhne zu rechnen haben. Sie werden, so seit je in Gold und nicht in Metall enthalten, die gleichen Verlegerungen ihrer Lebenshaltung zu tragen haben wie die industriellen Arbeiter.

Bliss der Großgrundbesitz und der großbürgerliche Betrieb werden von den neuen Zöllen ungünstigen Grundsatz haben. Die Börsen, die ihnen aus den geistreichen Häusern des Landwirtschaftsgebiets wider, werden zu nicht unerheblichem Teile zur Verbesserung der Produktion eingesetzt werden. Über nur wenige Industrien werden hieraus einen Nutzen ziehen können, so die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, für landwirtschaftliche Dungstoffe und das Baumgewerbe. Die bisher so langsame Entwicklung der Maschinen in der deutschen Landwirtschaft wird beschleunigt werden und damit werden erhebliche Teile der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft überflüssig werden, so daß auch die Folge der Agrarzoll-Erhöhung auf die Löhne drücken wird.

Politische Mundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Am Donnerstag wurde die Beratung des Reichsjustizrats fortgesetzt. Der Berliner Landgerichtsrat Pottig ergänzte ein Märchen aus Taiwan und eine Nacht, bis von der II porträtiert ist die Justiz in einer Fabrikante handelt. Es kommt heraus, daß dieses Fabrikant Deutschland heißt. Auf etwas realen Boden stellt sich ein anderer Justizbeamter, der nationalsozialistische Dr. Uecker. Er weist sich gegen die modernen Folter des Gezagewohnheitsverfahrens, glaubt aber doch ein paar Worte zur Entschuldigung seiner Artbrüder sagen zu müssen. Außerdem fragte er über die Richterstellung der Hoffnungen, die man an die recht zweckmäßige Leg. Hagemann geknüpft hat. Die bedeutende Entwicklung der Schöffengerichtsbarkeit, durch die man auf diese Weise die Beratung der R. in Süden eine Entlastung des Reichsgerichts herbeiführen wollte, hat bisher diesen Zweck nicht erreicht, und es verschafft wenig, daß Staatssekretär Minister Eberding auf die Zukunft verholt. Genoss Eberding betrachtete die Schriftstellerkunst, die die Schaffensfreiheit der freien Arbeit nicht an dem typischen Beispiel der Bildhauerwerke von Gustav Klimt in Mu. R. ppin und britische die Schriftsteller, ohne ihres prägnanten Klassenzuges zu berücksichtigen, gegen die Auffassungen der Justizkartei. Nach einer matigen Antwort des Staatssekretärs Minister Eberding brachte der Staatsminister Minister Schröder seine Spezialkennzeichen vor, wandte sich aber wenigstens gegen die Einschränkung der Schriftstellerkompetenz, wenn es auch ihrer Ausdehnung nicht zugestimmen scheint. Der Reichsgerichtsrat v. Dritzen sprach wieder den Schriftsteller am Schriftsteller, und der freisinnige Volkspolitiker Kämpf wußte nichts besseres vorzubringen, als eine Verabsiedlung des Reichsgerichtsverfahrens zu verlangen. Der Dr. U. U. amm, ein sozialistisches Gewiss von Waffen, Kämpfer, Unteroffizieren und Oberoffizieren, sollte die ganz bestreite Forderung der Abschaffung des Gerichts bei entsprechenden Verwandtschaftsgraden auf. Genoss Heinrich beschloß das Geschäftsbuchungswerk der Justizkommission, die zur Vorbereitung der Reform der Strafprozeßordnung eingezogen ist, verglicherte das himmelreichende Westlauer U. und zeichnete ein zutreffendes Bild der preußisch-deutschen Kämpferkunst. Nachdem Staatssekretär Minister Eberding sich in der Rolle des gefährlichen Scherwurfs gezeigt hatte, wurde die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

30 000 Schweine müssen laut einer Verordnung der sonstig lässigen Ministerien des Innern und der Finanzen flüssig jährlich über den städtischen Schlachthof in Bönenbach nach Deutschland eingeführt werden. Die wöchentliche Anzahl (hieraufreduziert: das Kontingent) ist auf 577 Stück festgesetzt worden. Monatlich aber dürfen nicht mehr als 3375 Stück eingeführt werden. Bemerklich ist, daß die Beförderung nur durch die Eisenbahn stattfinden soll. Ein zur Beförderung auf der Landstraße ist besondere Genehmigung notwendig; die Beförderung auf der Eisenbahn scheint also ganz ausgeschlossen zu sein. Der weitere Inhalt der Verordnung macht es zweifelhaft, ob die Zahl von 30 000 überhaupt erreicht werden wird. Die brauen Bierkäfer, die als „Sachsenkäfer“ in Betracht kommen sollten, müssen nicht bloß zu ihrer Abschaltung in Bönenbach bereit sein, sondern auch nachweisen, daß sie aus einer Gegend stammen, die auf unbekannte Zeit zurückgesetzt wird. Der Schlachthof in Bönenbach führt diese Schweine als jährliches Staatsgebot betrieben, Anspruch auf Abschaltung haben sie aber nur an vier Tagen der Woche von fünf bis zehn Uhr jeden Mittwoch. Wenn es den bis dahin geschlagenen Schweinen möglich war, in gut gesättigten Eisenbahnen Unterkunft zu finden, haben die übrigen Anspruch auf Fortsetzung des Schlachtfests. — Diese höchstliche Summierung des Schweinstaffels am die agrarische Politik des Deutschen Reiches führt. Angerechnet 30 000 Stück dürft ihr an Österreichischen Schweinen jährlich verzeichnet werden — ziemlich! Hat man je eine größere Befriedung der unglücklichen Volkes erlebt? Dabei wird durch diese Methoden der behördlichen Fleischversorgung in Bönenbach den Dosen die ganze Umlaufszeit des agrarischen Systems unerträglich vorgetragen. Wenn 30 000 österreichische Schweine das deutsche Volk nicht an den Rand des Abgrunds bringen, warum sollen es dann 30 001, 30 002, 31 000, 32 000, 33 000, 40 000, 50 000 Stück oder vielleicht viel Schweine tun, falls die anderen landläufigen Fleischzüchter auch für die größere Stückzahl grüßen werden? Wenn infolge sanitärer Maßnahmen das 30 000 Schwein als unzulässig über die Grenze gebracht werden kann, welcher Grund liegt dann vor, zu glauben, daß das 100 000 Schwein eine größere Gefahr sein soll als das 30 000, oder das erste? Das deutsche Volk darf unmöglich nicht ruhen, als bis die Baceauktatien jährlich aufgegeben hat, die Bevölkerung das Fleisch, das sie zu konsumieren das Bedürfnis hat, in willkürlichen Posten in Wochen oder Monaten zugemessen. Der Ruf: „Öffnet die Grenzen im Interesse einer erreichenden und normalen Volksernährung!“ muß so oft und so energisch erhoben werden, bis das nach jeder Richtung hin berechtigte Verlangen des deutschen wackligen Volkes erfüllt ist!

Die Politik der Einheitsgeflecht. Das die derzeitige Regierungspolitik eine geradezu sinnlose ist, beweist eine Entblößung der „Urg. Dr. Ruth Erkenntnis“ mit förmlich brüderlicher Deutlichkeit. Belannte hatte vor einigen Tagen das Schriftblatt einer Justizkartei über eine Konferenz ergriffen, die der Reichskanzler Fürst Bülow kurz vor der Beratung des amerikanischen Bollprovisoriums mit einer Menge zu ihm gebeten Parlamentarier gehabt hatte. Diese Konferenz habe dem Zweck geführt, diese Parlamentarier dem Bollprovisorium gereift zu machen. Eine Korrespondenz behauptet, von „vorzüglich unterrichteter Seite“ erfahren zu haben, daß Bülow die Gladben gezwungen habe, ihren ganz n. Et. auf die Wagnisse zu wetzen, um die Vorlage durchzubringen. Gehe die Vorlage nicht durch, so sei er gnädig, so soll sie ein Abschlagsgefecht einzurichten. Die „Urg. Dr. Ruth Erkenntnis“ erzählte nun aber ferner, daß der Reichskanzler die betreffenden Reichstagsabgeordneten darüber für die Vorlage zu gewinnen versucht habe, daß er allerhand politische Argumente für die Notwendigkeit des Zustandekommens des Bollprovisoriums gelebt gemacht habe. Fürst Bülow habe sich in folgender Weise geäußert:

„Sollen wir den Bollkrieg beginnen und unseren Generalstaat in Kraft treten lassen? Das wäre moralisch und wirtschaftlich politisch unanfechtbar. Aber wir brauchen nicht nur die amerikanische Baumwolle, sondern auch die amerikanische Unterstützung oder wenigstens wohlwollende Neutralität auf dem Welttheater. Und diese politischen Gründe seien der Reichskanzler den Abgeordneten aufzutun: wir wollen eine splendid isolation vermeiden und Roosevelts Republik als Rückendeckung haben, wenn eins England und mit Frankreich gemeinsam an den Kriegen will. Darum der „Professoren austausch“ und alle Liebenswürdigkeit des Kaisers und des Prinzen Heinrich. Darum auch jetzt das Eingehen auf den Wunsch der Regierenden in Washington.“

das Provisorium möge noch auf ein Jahr verlängert werden, statt, daß es einen Handelsvertrag gäbe. Das ist eine harte Nuss für gewissenhafte Parlamentarier. Aber die Aussicht über die politische Lage war im Reichskanzlerpalais wohl so zwingend, daß man auf die Zustimmung der Abgeordneten rechnen kann. Vielleicht kommt gar bald die Zeit, wo wir gute Freunde überall brauchen können. Eine Bedrohung Kanadas durch die Amerikaner wäre uns dann mindestens ebensoviel wert wie der Marsch unserer 10000 Südwestafikaner nach Kapstadt. An seiner Peripherie muß man England fassen, wenn man es verwunden will."

Dieser Darstellung ist nun zwar von einem Zentrumblatte, der "Köln. Volksztg.", widergesprochen worden, dagegen hat sie bis zur Stunde noch keinenlei Dementi in der offiziösen Presse erfahren! Obendrein ist die Ablehnung des Zentrumblattes sehr eigenartig. Die "Köln. Volksztg." behauptet allerdings, daß die ganze Darstellung ein "ganz schiefes Bild" von dem Inhalt der Verhandlungen gebe und daß von der „splendid isolation“, der „Rückendeckung“ durch die Union, dem Professorenaustausch, der „Bedrohung Kanadas durch die Amerikaner“ und dem „Marsch unserer 10000 Afrikaner nach Kapstadt“ mit keinem Worte die Rede gewesen sei, allein sie bestreitet nicht, daß auch die allgemeine politische Lage verhürt worden sei! Gudem berührt es doch selbst, daß das Zentrumblatt das, was in der „Allg. Evang.-luth. Kirchenzeit.“ als Ausführungen Billows wiedergegeben wird, unterschiedlos mit dem durchmaderwesel, was dies Blatt ganz deutlich als eigene Schlußfolgerungen der Auseinandersetzungen des Reichskanzlers zu erkennen gibt! Eine solche Art freiwillig-offiziösen Dementiess gibt ebenfalls ein "ganz schiefes Bild" – und sicherlich nicht ohne Absicht! Das in der Tat der Reichskanzler auf der Konferenz das weltpolitische Moment sehr in den Vordergrund geschoben haben muß, geht schon aus einer Bemerkung der "Deutschen Tagesszeitung" hervor, welche in dem Artikel vom 20. Februar schrieb:

"Wir täuschen uns wohl nicht in der Annahme, daß weltpolitische Rücksichten bei der Erledigung der Angelegenheit mitgewirkt haben, wenn sie vielleicht auch nicht ausschlaggebend gewesen sind. Das würde allerdings kaum zu begreifen sein: denn unsere Diplomatie müßte doch die Amerikaner genügend kennen und deshalb wissen, daß diese smarten Herren auch in Algiers lediglich ihre Interessen vertreten und sich selbst durch die bedeutamsten handelspolitischen Bugefände nicht bestimmen lassen würden, die deutschen Interessen zu vertreten, wenn diese nicht mit den ihren vollkommen übereinstimmen."

Alles das beweist, daß Fürst Bülow in der Konferenz sich in der Tat ähnlich so gehaust haben muß, wie es die "Allg. Ev. luth. Kirchenzeit." behauptet. Ist das aber der Fall, so treibt unsere Regierung ein weltpolitisches Intrigenspiel, wie es sinnloser nicht auszudenken ist. Aus angeblich wirtschaftlichen Interessen bricht sie den Marokkankonflikt vom Baune, bringt sie Deutschland an den Rand einer Kriegsgefahr mit Frankreich und England, und aus angeblich wirtschaftlichen Gründen sucht sie – angeblich auf Kosten des wirtschaftlichen Vorteils Deutschlands! – die Freundschaft Amerikas zu ergattern, um nicht in der fatalen Isolation der Kriegsgefahr, hört jede Logik auf, sie ist die Politik der vollenbedeten Stalofigkeit. Welches auch immer die Absichten der Enthüllung der "Allg. Ev. luth. Kirchenzeit." gewesen sein mögen –, das Volk muß dankbar sein für die Aufdeckung dieses tapfischen Intrigenspiels. Sie deckt nicht nur die ganze Stalofigkeit der Regierung auf, sie offenbart auch, daß sich die Parteien der Rechten und des Zentrums zu Rütschlägen dieser Politik der Stalofigkeit machen lassen. Diese Parteien sind mitverantwortlich für die Politik der internationalen Verbesserung, für das fröhle Spiel mit dem Feuer! Aus diesem Gefühl der Unschuld heraus wirft sich denn auch die "Köln. Volksztg." zum Verteidiger Billows auf! Welche Wirkung solche Vorkommnisse auf England auslösen müssen, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Und dann wagt noch ein Bülow, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie trage die Schuld an Englands wachsendem Misstrauen!

Ein Minister u. d. über die volle Kompetenz des Arbeiters. Der frühere preußische Handelsminister v. Berlepsch hat kürzlich in Jena einen Vortrag in der staatlichen Schule gehalten, in dem er u. a. ausführte: "Es lebt nicht mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter in befriedigenden Auskommen. Beihilfen; die Hälfte kann zur Not auskommen, ist jedoch häufig durch Krankheit und Arbeitslosigkeit gefährdet; der übrige Teil lebt unter Verhältnissen, die als völlig ungünstig anzusehen sind, für den Unterhalt einer Familie zur kräftigen Ernährung und hinreichender Wohnung unzureichend sind. Die Arbeitszeit ist auch nicht als befriedigend anzusehen, weder für Männer, noch für Frauen, jugendliche Arbeiter oder Kinder. Die rechtliche Lage der gewerblichen Lohnarbeiter hinsichtlich des Kollektivrechts, der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der Handhabung der einzugsagenden geistlichen Beschlüsse durch die Gerichte und Verwaltungsbehörden ist gleichfalls unbefriedigend. Die Teilnahme der gewerblichen Lohnarbeiter an öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, an der Gesetzgebung und Verwaltung, an der Interessenvertretung für die Berufstände steht teils überall, teils in großen Teilen des Reichs hinter den anderen Klassen der Bevölkerung zurück. Daher muß die Frage, ob die Lage der Gruppe der Lohnarbeiter, ihre Stellung in der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung dem Anspruch genügt, welche Gerechtigkeit und Billigkeit in der Gegenwart in einem kulturell so hoch entwickelten Staatswesen, wie das Deutsche Reich ist, ihr zuwider steht, vernichtet werden. Die bürgerlichen Parteien haben den Bedürfnissen der aufsteigenden Arbeiterklasse kein Verständnis entgegengebracht und die Regierung hat durch verschleierte Maßnahmen, wie das Sozialstaatsgesetz, die Wasser nicht befeitigt, sondern nur gestaut. Heute steht der Staat vor einem außerordentlich schweren Dilemma,

ohne daß die Arbeitsschicht in der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung als vollberechtigte Bürger angesehen und behandelt werden, wird es nicht möglich sein, dem Vaterland den inneren Frieden zu erhalten." – Das ist sehr nett und sehr richtig von dem Herrn Minister u. d. gesagt, aber schlehen wird er seine Klossen und Standesschlosser nicht. Die Arbeiterschaft aber hat erkannt, daß sie sich nicht auf bürgerliche Dokologen verlassen kann, sondern den Kampf gegen politische Macht und wirtschaftliche Ausbeutung aus eigener Kraft führen muß.

Keine Fleischnot. In Nürnberg wurden im Jahre 1905 19344 Schweine weniger geschlachtet als im Jahre 1904. Der Nachfall ist noch bedeutend größer, als er sich in diesen Zahlen darstellt, denn das Schlachtgewicht der geschlachteten Tiere ist im Durchschnitt geringer als im Jahre vorher, weil infolge des Schweinemangels meist mindergewichtige Schlachtstücke auf den Markt kamen. Der Fleischverbrauch sank von 57,3 Kilogramm auf 50,5 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. – In Bamberg ist der Preis für das Schweinefleisch wieder um 10 Pf. erhöht worden. Auch die Preise der anderen Fleischsorten steigen. So ist z. B. der Preis für Lammfleisch ebenfalls auf 90 Pf. gestiegen. Über eine Fleischnot gibt es in Deutschland noch immer nicht.

Auf der Steuerkommission des Reichstages beriet gestern den Antrag, auf Erhebung eines Ausfuhrzolls auf solche Rohstoffe, deren Erhaltung für den insländischen Verbrauch wichtig ist. Nachdem Abg. Müller-Zulda (8) diesen Antrag eingehend begründet und betont hatte, daß der Antrag keine schwarzöllerische, sondern lediglich eine finanzielle Tendenz habe, erklärte Staatssekretär Dr. v. Stengel, zu den vorliegenden Anträgen nimmt der Bundestag nicht Stellung nehmen zu können, da der Bundesrat sich mit der Frage bisher nicht befaßte. Die Maßnahme sei handelspolitisch nicht ganz unabwendlich, auch seien Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes nicht ganz ausgeschlossen. Der finanzielle Extrakt des Ausfuhrzolls auf Kaliholze werde vom Antragsteller mit 8 bis 9 Millionen wohl zu hoch geschätzt. Er werde kaum mehr als 3 Millionen erreichen. Bei Hinzunahme von Kohlen sei allerdings einheimertrag von 20 Millionen denkbare. Denfalls sei große Vorsicht geboten. – Oberberghauptmann v. Belsen bemerkte gleichfalls, daß schwere Bedenken bei der preußischen Bergverwaltung gegen einen Kaliollz obwalten. Nach längerer Beratung wurde schließlich auf Antrag Dr. v. Stengel in folgender Form angenommen: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf, betr. die Erhebung eines Ausfuhrzolls auf Kali und Lumpen, vorzulegen. Nächste Sitzung heute (Freitag). Erbschaftsteuer.

Stadtverordnetenwahl in Kassel. In der zweitgrößten Stadt der Provinz Hessen-Nassau mit 125 000 Einwohnern fanden vom 21. bis 23. Februar Kommunalwahlen statt. Kassel ist ein rechtes Beamtenamt, Beamte der Oberpostdirektion, Eisenbahndirektion, Militär- und Justizbehörden stellen neben den zahllosen städtischen Angestellten tausende abhängiger Wähler für die dritte Klasse. Kein Wunder, daß es der organisierten Arbeiterschaft bisher nicht möglich war, aus eigener Kraft Mandate zu besetzen. An wiederholten Versuchen hat es im Laufe des letzten Jahrzehnts nicht gefehlt. Einmal, im Jahre 1900, gelang es in Folge Vereinbarung mit dem Mietverein, zwei Genossen in die zum großen Teil aus Regierungs-, Justiz-, Kommerzien- und anderen Räten bestehende "liberale" Stadtverordnetenversammlung zu entsenden. Als das eine der beiden Mandate sich durch Fortzug erledigte, hatte unser einziger Vertreter im wahren Sinne des Wortes die Rolle des Hechtes im Karpfenteich. Kassels Arbeiterschaft hatte im Laufe der Jahre einsehen gelernt, daß es höchsts Bett ist, durch die Wahl weiterer Arbeiteraudibliden die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Kritik zu erhöhen. Das Wort von einer reaktionären Masse konnte heuer auf unsere Gegner angewendet werden. Alle Vereine und Klubs der Stadt vom evangelischen Arbeiterverein bis zum Mieterverein, an dessen Spitze ein sich nationalsozial nennen Schulmeister steht, waren zum Kampf gegen die sozialdemokratische Gefahr" aufgerufen. Mit wenig Hoffnung, aber frohen Herzen zog die Sozialdemokratie in den Wahlkampf, der von den Reaktionären nach dem Beispiel des Reichsverbandes in heimtückischer, verleumderischer Weise geführt wurde. Der Sozialdemokratie fehlt es nicht an durchschlagendem Agitationsmaterial. Das Maß der Sünden unserer Feinde war zum Ueberlaufen voll. Nicht allein, daß Kassels Stadtstießväter die Geldsäcke der Reichsten dadurch schoren, daß sie ungeheure Summen zur Deckung des städtischen Bedarfs durch in direkte Lebensmittelsteuer aufzubringen lassen und Hunderttausende für sogenannte patriotische Zwecke zugunsten des Kranenkassenhauses und eines Schwimmbades entbehrten, haben diese ihrer reaktionären Politik die Krone aufgesetzt, indem sie Kaufleuten von Arbeitern durch Sanktionierung einer willkürlichen eingekreisten Steuerveranlagung das Wahlrecht rauben lassen. Vor zwei Jahren fielen unsere Kandidaten mit 900 Stimmen durch. Diesmal gelang es, mit durchschnittlich 1700 Stimmen vier unserer Kandidaten gegenseitig in die Stichwahl zu bringen, wodurch uns auf sechs Jahre zwölf Mandate gesichert sind. Die übrigen drei der fünf freigewordenen Mandate wurden durch die Münchener mit 2100 Stimmen besetzt. Unsere Vertreter werden viel Arbeit vorfinden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das Landgericht in Kempten verurteilte eine Bauerin wegen Beleidigung des Regenten von Bayern zu 1½ Monaten Gefängnis. Das Mädel hatte im Horn geäußert: "Ich frage nach niemand etwas" und als eine ältere Freundin dazu meinte: "Aber auf den Prinzregenten mußt Du schon aufpassen", fügte die Erregte hinzu: "...." Der Vorgang ist für die Majestätsbeleidigungsprozesse äußerst charakteristisch!

England.

Gegen Leutnant Schmidt, den Unteroffizier Thesau und acht Matrosen hat der Staatsanwalt in Ostholstein die Todesstrafe beantragt.

Der alte Volkstrot wird nicht angeklagt. Der Staatsanwalt, der die Erhebung der Faktinge gegen den

Grafen Tolstoi wegen der fürstlich veröffentlichten und höher verbreiteten Schriften beabsichtigte, hat das Verfahren auf höhere Anordnung eingestellt.

Der sozialdemokratische Thronessel. Die deutsche "Arbeiter-Zeitung" berichtet aus Wörlitz: "Siebziger Künstlerkreis wird gegenwärtig eine höchst ergötzliche Geschichte viel beobachtet. Im Großen Theater sollte die Neuinszenierung einer bekannten Oper von Statthalter gehen, und dazu braucht man unter anderem einen neuen ägyptischen Thronessel. Eine der jüngsten Theatermaler wurde beauftragt, dieses Brächtwerk mit Hieroglyphen zu schmücken. Er tat, wie ihm schien, und auf den Rücken lehne des Tores prangten bald die schönen Zeichen der ägyptischen Gelehrtenkunst. Einem Freunde jedoch vortrat der Maler an, diese Inschrift bedeute, wenn man sie nur richtig zu lesen verstehe, nichts anderes als „Proletarier aller Völker, vereint euch!“ Die Karde von dieser fühnen Tat des Theatermalers verbreitete sich wie ein Läusepest unter den Schauspielern und gelangte endlich auch zu den Ohren der Verwaltung. Schreckensbleich stürzten die würdigen Herren herbei, um das provokatorische Möbelstück in Augenschein zu nehmen. Unter den Angestellten des Theaters wurde eine Rundfrage veranstaltet, ob jemand Hieroglyphen zu lesen verstehe. Es fand sich auch richtig ein Ägyptologe aus Berlin, der im Vorhalle des heiligsten Gestes versteckte, die sichtbaren Zeichen auf dem Thronessel hielten allerdings jene fürchterliche Bedeutung, die der verbrecherische Maler seinem Freunde verraten habe. Daraufhin wurde der ganze teure Thronessel sofort vernichtet und der Maler zur Verantwortung gezogen. Zu spät beteuerte er, daß es sich nur um einen Spaß handele und daß er von ägyptischen Hieroglyphen ebenso wenig eine Ahnung habe, wie die Richter seines Kunstverbrechens – das Werk seiner Hände braunte schon im Theaterofen. Ein russisches Sprichwort meint in solchen Fällen sehr richtig: „Die Furcht hat große Augen, von langen Ohren schweigt es jedoch wohlweislich.“

Schweiz.

Korruption überall. Ein Militärskandal macht in Bürklich großes Aufsehen. Der erste Abteilungschef des Schweizer Militärdepartements Oberst G. K. Willer soll auf amtlichem Wege sich wichtige Angaben verschafft und diese zu Privatzwecken verwendet haben.

Frankreich.

Die literarischen Kundgebungen anlässlich der Inventaraufnahme haben Mittwoch ein Menschenleben gefordert. In St. Albain kam es zu Zusammenstößen zwischen Gendarmen und aufgehetzten Kundgebern. Hierbei wurde eine Frau durch einen Revolverschuß, der von einem Kundgeber gegen die Gendarmen gerichtet war, getroffen und getötet.

Venedig und Nachbargebiete.

Freitag, den 2. März 1906.

Zugang nach den Möbelfabriken von Hinke und Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hölzdarbeiter streng fernzuhalten.

Zugang von Werstarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptune-Werft aufgesperrt sind!

Lügen haben kurze Beine. In der Hamburger Bürgerschaft wurden am letzten Mittwoch wieder einmal Cholera-Erinnerungen wachgerufen. Den Anlaß dazu hatten Bebels Aussführungen im Reichstage gegeben, in welchen er die "Tapferkeit" der Hamburger Bourgeoisie anlässlich der durchlängten Epidemie im Jahre 1892 geheizte. Hausmeister Nohde und Dr. Mönckeberg, sowie schließlich Senator Dr. v. Melle schimpften wie die Stoßspangen auf Bebel. Die "Lübeckischen Anzeigen", anscheinend eine Filiale der "Hamb. Nachr.", bringen natürlich sämtliche gegen die Sozialdemokraten gerichteten Lügen aus dem H. N. zum Abdruck, darunter nachfolgende: "Da erhob sich plötzlich Senator Dr. v. Melle als Senatskommissar und verlas unter großer Bewegung des Hauses den amtlichen Polizeibericht, nach dem damals die sozialdemokratische Parteidruckerei für die Herstellung und Verteilung von 5000 Flugblättern nicht weniger als sage und schreibe über 9000 Mark erhalten habe. Die Güllsbereitschaft" der "Genossen" zeigte sich mit einem Male als „gutes Geschäft“, und vor der Macht dieser Lügner mußte die Sozialdemokratie die rote Flagge streichen." Demgegenüber stellt das "Hamburger Echo" fest, daß am Sonntag den 28. August und in der darauffolgenden Nacht auf Ersuchen der Polizeibehörde in der Hamburger Buchdruckerei 225 000 Flugblätter zu einem Preise von 990 M. gedruckt wurden. Später wurden noch 65 000 Exemplare gedruckt, die 224 M. kosteten. Die Verbreitung der Flugblätter durch die sozialdemokratische Parteidruckerei wurde unentgeltlich befohlen. Am 1. September wurde von der Polizeibehörde abermals ein Flugblatt, enthaltend Desinfektionsvorschriften, bei der Firma Auer u. Co. bestellt und in 250 000 Exemplaren prompt geliefert unter Anwendung von Nachtarbeit. Die Polizeibehörde zahlte dafür 946 M. Für insgesamt 570 000 Flugblätter, die zum Teil bei Nacht- und Sonntagsarbeit hergestellt werden mußten, wurden also von der Polizeibehörde 2160 M. an Auer u. Co. bezahlt! Mit diesen wahren Lügeln vergleiche man den frechen Schwindel der "Hamb. Nachr.", den das biegsame "Amtsblatt mit Behagen übernimmt, und die Lügnerungen des Senators Dr. v. Melle von dem guten Geschäft". Für die Verbreitung des zweiten Flugblattes wurde einem Teile der Verbreiter ein Gehrgeld von 1 M. gewährt und zwar auf Drängen der Polizeibehörde selbst. Die große Mehrzahl der Verbreiter führte das Geld an den Rostocks- und Unterstützungsfonds der Parteidruckerei ab! Die Behauptung des Senators Dr. v. Melle, die Verbreiter hätten 3–6 M. einzelne sogar 10 M. erhalten, ist in allen Teilen unwahr!

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Februar auf 683 (757), die der Besucher auf 733 (807). – Die eingelämmerten Zahlen sind die des vergangenen Monats. – Davon kamen in derselben Sache wiederholt 130 Personen. Auskünfte wurden erteilt 730 (787), darunter nach auswärts schriftlich 18 (19). Von den Besuchern waren organisiert 379 (436) Personen, und zwar gewerkschaftlich 266, politisch 18, gewerkschaftlich und politisch 95. Unter den verbleibenden 354 Nichtorganisierten befanden sich 55 Angehörige von Organisationen und 125 Organisa-

hionsfähig. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 539 (614) männlich, 194 (123) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer 474 (531), deren Angehörige 187 (185); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. d. 61 (81), deren Angehörige 7 (8); Organisationen 1 (2). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 503 (652) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 36 (40), Oldenburg 63 (68), Mecklenburg 19 (19), Preußen 20 (24) und sonstwo 3 (4). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung 180 (171), Arbeits- und Dienstvertrag 69 (91), bürgerliches Recht 287 (323), Strafrecht 40 (34), Gemeinde- und staatsbürgersche Sachen 102 (95), Arbeiterbewegung 2 (7), Privatversicherung 14 (5), Handels- und Gewerbesachen 10 (10), Verschiedenes 26 (46). Von den Auskünften machten 121 (135) die Klärung von 139 (139) Schriftsägen erforderlich; außerdem gingen aus 43 (46) sonstige Briefe und Postkarten, Eingaben 160 (118) Postsendungen. Der 1. Februar zeigte mit 50 (55) die höchste, der 7. Februar mit 9 (11) die niedrigste Besucherzahl.

In der „Jüdin“ gastierte Donnerstag abend Herr A. Pennarini vom Hamburger Stadttheater als Cleopatra. Der Künstler, der dem hiesigen Publikum bisher hauptsächlich die grandiosen Wagnerschen Helden gestalten in musterhafter Weise vorgeführt hat, bewies mit seiner gestrigen Leistung, dass er auch auf anderen Gebieten vorzüglich befähigt ist. Der alte Jude wurde von ihm gelanglich wie darstellerisch gleich überzeugend gegeben. Wir wollen nicht auf besonders gelungene Einzelheiten der Darbietung eingehen, sondern nur den tiefen Eindruck feststellen, den Herr Pennarini bei dem zahlreich erschienenen Publikum hervorrief. Liederhafte Beifall lohnte den trefflichen Hamburger Künstler; mit gebührender Anerkennung sei auch unserer einheimischen Kräfte gedacht, die alle ihr bestes gaben.

Überungen des Kindlichen Schlafes. Schlaflosigkeit und unruhiger Schlaf sind bei Kindern nicht gar so selten und sollten stets beachtet werden; es sind aber nicht immer Krankheiten, welche Schlafstörungen hervorrufen, sondern gar oft mangelhafte hygienische Bedingungen oder unzureichende Ernährung, zu heisses Schlafzimmer, ein zu warmes Bett oder zu marine, ungewöhnliche Kleidung. Bei größeren Kindern sind nervöse Erregungen, wie Aufregung der Phantasie, Furcht, zu viel Lektüre oder Lesen von ausseigenden Büchern vor dem Zubettgehen oft die Ursache der Schlaflosigkeit. Bei sehr nervösen Kindern kann sich dieser Zustand bis zum nachlässigen Ausschlafen steigern. Die Kinder erwachen bei diesem Zustand plötzlich mit großer Angst, springen auf und schreien um Hilfe gegen vermeintlich sie verfolgende Menschen oder Tiere. Am anderen Morgen wissen die Kinder gewöhnlich von dem Vorfallen nichts mehr. Die eigentliche Veranlassung des Anfalls ist meist ein angstvoller Traum, wobei die Kinder sich oft an eine Gespenstergeschichte erinnern, oft ist der Traum auch durch den Genuss schwerverdaulicher Speisen hervorgerufen. Derartige Kinder müssen milde und reizlos ernährt werden, sie sollen ihre Abendmahlzeit wenigstens eine Stunde vor dem Schlafengehen bekommen. Sie müssen in einem erhöhten Raum schlafen und es ist streng zu vermeiden, ihnen vor dem Schlafengehen Geschichten zu erzählen. Bei kranken Kindern ist der Schlaf oft in ganz charakteristischer Art verändert. Sie schlafen oft nicht gleichmäßig und ruhig, vielmehr oft oberflächlich und wenig anhaltend. Schlafen mit offenem Mund und Schnarchen findet sich bei Kindern mit Nasenverstopfungen und Nasenmandibelstellungen. Narbenen mit den Zähnen und Lächeln im Schlaf kommt bei gehirnkranken, oft aber auch bei gesunden Kindern vor.

Österreichregister. Am 28. Februar 1906 ist eingetragen worden: Die Verwaltung und Nutzung des Gastwirts J. G. W. Utermark in Lübeck an dem eingebrachten Gute seiner Frau A. D. E. geb. Dittmann ist durch Kaufvertrag vom 10. Februar 1906 ausgeschlossen.

Stadthallen-Theater. Morgen gelangt zu einem Eintrittspreise von 50 Pf. Laube's Schauspiel „Die Karlschule“ lebhaftig zur Aufführung. Der Sonntag abend wird eine der interessantesten Vorstellungen der diesjährigen Winterpielzeit bringen, nämlich Rich. Wagner's „Tannhäuser“. Auf das sorgfältig vorbereitet, reich ausgestattet und mit allen ersten Kräften besetzt, wird das Meisterwerk des großen Bayreuther Dichtercomponisten zur Wiedergabe gelangen. Zu wünschen ist, dass die erheblichen künstlerischen und materiellen Aufwendungen vom Publikum dadurch gewürdigt werden, dass es das Theater bis auf den letzten Platz füllt. — Sonntag nachmittag wird bei kleinen Preisen „Die Waise von London“ gegeben.

Handelsregister. Am 1. März 1906 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Bernhöft u. Wilde in Lübeck eingetragen worden: Die Gesellschaft ist durch den am 6. Januar 1906 erfolgten Tod des J. G. G. Bernhöft ausgelöscht und das Geschäft am 7. Januar 1906 auf den bisherigen Gesellschafter J. G. W. Wilde als alleinigen Inhaber übergegangen. Am 24. Februar 1906 ist der Kaufmann H. G. W. Wilde in Lübeck in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft. Die Prokura des H. G. W. Wilde ist erloschen.

Trinkgeld und Wohu. Die Trinkgelder, die Kellner und Kellnerinnen erhalten, pflegen den von den Wirtzen gezahnten Wohu bedeutend zu übersteigen, ja bisweilen überhaupt für die Angestellten die einzige Einnahmequelle zu bilden. Eine südländische Ortskundelosse hat deshalb die bei einem Gastwirt bewiesenen Kellnerinnen in eine höhere Wohuklasse eingestuft, als ja die sie nach der Lohnangabe des Wirtes gehörten. Da dieser deshalb die Bezahlung der höheren Beiträge verweigerte, entschied die Kreishauptmannschaft und in der Berufungsinstanz des Oberlandesgerichts, dass als Wohu auch die Einkünfte anzusehen seien, die die bei der Krankenkasse Befreiungen aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten, auch wenn diese Einkünfte von dritten Personen und nicht von dem Dienstherrn herriehen.

Hamburg. Die Hamburger Bürgerenschaft, d. h. die Vertreter der besessenen Klassen Hamburgs, holten am vergangenen Mittwochabend zum letzten entscheidenden Streich gegen die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung aus, und zwar mit dem Erfolg, dass die Entschließung des Wahlrechtsraubes zurückgewiesen wurde. Die Kommission, an die man den Entwurf des Wahlrechtsraubes zurückgewiesen hatte, war auf diese Weise die Gegenvorwahl unserer Genossen niederschlagen zu können, hat ihr „Werk“, eine belanglose formale Aenderung, beendet, und nun kam der Entwurf vor das Plenum zurück. Es nutzte nichts, dass Genossen Stolten sowie auch Herr Dr. Braband die en bloc Abstimmung als geschäftsordnungswidrig bezeichneten und auch den Nachweis hierfür liefereten. War man schon bei der Vergewaltigung des Rechts, so kam es keinen Leuten auf etwas mehr oder weniger gar nicht an. Man kann es dem Genossen Stolten nachfühlen, dass er sich bei richtiger Würdigung der Situation nur schwer entschließen konnte, noch einmal sachlich auf die Ungeheuerlichkeit der ganzen Umsturzaktion einzugehen. Schlagend misst er nach, dass die angeblich befürchtete Majorisierung der bürgerlichen Elemente durch die Sozialdemokratie ausgeschlossen sei auch bei Beibehaltung der jetzigen Bezirkswahl. Unter allen Umständen reiche aber die Einführung der Proportionalwahl ohne Klassenenteilung, wie sie von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt war, aus. Es nutzte nichts. Unsonst war der Hinweis, dass in anderen deutschen Staaten sowohl wie im Ausland, in Russland und Österreich, willkürliche Wahlreformen im freiheitlichen Sinne vollzogen oder in die Wege geleitet sind. Unsonst war die Beweisführung auf das Beispiel Sachens, wo schon nach 8 Jahren die Wahlrechtsumstürzler zu der Einsicht gekommen sind, mit der Entschließung der Volksmassen eine riesengroße Dumme gemacht zu haben. Tauben Ohren begegneten auch die Zitate aus der freilichen, verständigen Rede des österreichischen Ministerpräsidenten zur Begründung der Wahlreformvorlage, die der Redner gleich Beispielen der Mehrheit um die Ohren schlug. Nicht ließ ihnen die Röte der Scham ins Gesicht bei dem Hinweise, dass die Republik Hamburg sich mit der ganzen Beiströmung in Widerspruch setze, die selbst in monarchischen und absolutistischen Staaten die Wahlrechtsgelehrte auf die Bahnen des Fortschritts gedrängt habe. Vergeblich war der Appell, nicht an das vom Klasseninteresse unterdrückte Gerechtigkeitsgefühl, sondern an den Ernststand der Mehrheit, die sich selbst sagen müsse, dass es nie zum Guten führen könne, wenn durch die Entschließung der minderbegabten Bürger der ganzen großen Arbeitermasse der Gehdehandschuh hingeworfen werde, dass dem Kampf gegen den Wahlrechtsumsturz unmittelbar der Kampf um die Rechtsgleichheit folgen müsse. Ebenso vergeblich war es, dass Genossen Wöbelburg später, nachdem er die Anrempelungen Nohds gegen die Hamburger Sozialdemokratie und den Genossen Bebel entschieden aufklärungswise, den Wahlrechtsumstürzern nochmals ihre ganze statistische und historische Unlogik vorhielt und sie daran erinnerte, dass ihre bürgerlichen Vorfahren in blutigen Kämpfen um die Herrschaft im Staate und um die Einführung eines neuen Wirtschaftsprinzips gekämpft, sich also in derselben Situation befinden haben wie heute die Sozialdemokratie, die man deshalb entrichten wolle, weil sie für die Arbeiterklasse erringen will, was das Bourgeois für sich erkämpft hat. Vergeblich war der Hinweis, dass mit dem Wahlrechtsumsturz das politische Ansehen Hamburgs auf den Nullpunkt gebracht werde. Und mit Recht betonte Redner zum Schluss, dass er nicht im Namen der Hamburger Arbeiter zu bitten habe, dass diese ihr Recht verlangen und darum zu kämpfen wissen werden. Die Verteidiger der Vorlage wären sich nicht mehr in große rednerische Unkosten. Sie haben offenbar selbst das Gefühl, dass gegen die schlagenden Gründe der Gegner doch mit Gegengründen nicht auszukommen ist. Nicht das Gewicht der Gründe soll entscheiden, sondern die Macht der Zahl. Die ganze Rede des noch liberal-dunkelnden Herrn Nohde war fast nichts als eine große Schimpfarei gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Bebel im besonderen, der nur ein verunzüglicher Versuch, die en bloc-Annahme zu rechtfertigen, folgte. Die beliebte Taktik: wenn die Gründe aus gehen fängt das Schimpfen an. Nicht besser war die in der bekannten dunkelhaften Art dieses eingebildeten Patriaors vorgetragene Rede des Dr. A. Mönckeberg, den die Anträge der Sozialdemokraten auf geheime Abstimmung so schwer geärgert zu haben scheinen, dass er nicht nur die juristische, sondern auch die Logik des gefundenen Menschenverständes völlig abhanden gekommen ist. In den Rahmen des Ganzen passte auch die gegenüber dem Verlangen des Herrn Dr. Braband erfolgte Weigerung des Präsidiums, bei der Abstimmung über das ganze Gesetz die Gegenprobe machen zu lassen, durchaus hinein. So vereinigte sich in der Schlussverhandlung, in der der Wahlrechtsumsturz besiegt wurde, alles, um der Aktion des Scharfmacher und Anglisten einen würdigen Abschluss zu geben. Aber es war ein sehr gedrückt klingendes Bravo!, das aus den Reihen der Umstürzler erscholl, als der Präsident verkündete, dass die Wahlrechtsvorlage endgültig angenommen sei. Der Jubel blieb ihnen in der Kehle stecken. Sicher ist allen denen unter ihnen, die sich in ihrer Angst noch eine Spur von Überlegungsfähigkeit bewahrt haben, nicht sonderlich behaglich zu Mute bei dem nun erschrockenen Siege. Der Sieg der Hamburger Bourgeoisie über das Recht wird zweifellos für uns gute Früchte tragen. Wie im wirtschaftlichen Kampfe von dem kapitalistischen Ausbeuterthum die Arbeiter ohne Unterschied der Religion oder der politischen Gesinnung unterdrückt und gefeuert werden, so geschieht das hier in politischer Beziehung. Auch dem Bildenden unter den Nichtbürgernden dürften allmählich die Augen darüber geöffnet werden, dass die Bourgeoisie nicht nach Recht und Gerechtigkeit fragt, wenn es gilt, die eigene Macht zu erhalten und zu verstärken. Es ist aber nicht möglich, dass ein Regiment von Dauer sein kann, welches sich nicht auf das Volk, sondern auf den Geldsack stützt. Die vornehmste Aufgabe der Arbeiterschaft muss es darum

sein, ununterbrochen den Kampf zu führen für das Recht und gegen die Herrschaft des Geldsacks.

Hamburg. Im Gewerkschaftskarneval teilte der Genossen Große mit, dass nach dem Eintritt der Schieneneleger, die jetzt eine Sektion des Steinlegervereins bildeten, und dem Wiedereintritt der Schuhmachervereine der Centralorganisationen dem Hamburg Altonaer Gewerkschaftskarneval angehören. (Bravo!) — Bei Milizionen für eine Universität. Der bekannte englische Minenbesitzer Alfred Beit hat zwei Millionen Mark als Grundstock für eine Hamburger Universität gesetzt. Beit ist geborener Hamburger. Mit dieser Schenkung ist die Hamburger Universitätsfrage in Fluss gekommen. Einzelheiten entziehen sich noch der Deutlichkeit.

Lauersbruch. Ein tödlicher Fall von Genickstarre ist bei einem 7jährigen Mädchen festgestellt worden. Das Kind starb nach kurzem Unwohlsein. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle übergeführt, wo nach dem Befunde der Pathologischen Untersuchung Genickstarre festgestellt worden ist.

Bremen. Der Schneefall, der in der vorletzten Nacht einsetzte, hat im Telefonbetrieb wieder viele Störungen angerichtet. In der Stadt selbst sind eine ganze Reihe Leitungen außer Betrieb gesetzt. Der Fernsprechbetrieb nach Berlin, Hamburg, Hannover und Leipzig ist gänzlich unterbrochen, der nach anderen Orten teilweise.

Vitterarisches.

Der „Süddeutsche Postillon“ Nr. 5 (Verlag M. F. Müller München) ist soeben erschienen. Der Inhalt in Wort und Bild ist, wie bei den vorhergehenden Nummern, sehr reichhaltig, so dass die Leser gewiss auf ihre Rechnung kommen. Die Bilder Fasching, Capua auf dem Kaiserthron erläutern die politischen Verhältnisse im allgemeinen, das hübschste Bild speziell die bayrischen. Das Letztpredigt behandelt die Heimarbeit in treffender Weise. Bildow der Sieger ist wieder vom Schatz von Bremen als „Staatsräte“ geschildert. Briefe aus Sachsen. Was in der Welt vorgeht, Glossen zur Bildus-Bücherei, Remscheid, In höheren Regionen, Ein Interview bei Süder, Der gute Fischer, Aus dem Leben des Abgeordneten Brümer, Militärsitz und eine ganze Anzahl kleiner Beiträge machen diese Nummer sehr interessant. Der „Süddeutsche Postillon“ ist in jeder Buchhandlung, sowie direkt vom Verlag zum Preise von 10 Pf. erhältlich.

„Zum Bleibergwerk verurteilt.“ Es sind Tagebuchblätter eines russischen Bonvillen, die in der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Wochenschrift „In Freien Stunden“ z. B. unter diesem Titel veröffentlicht werden. Man glaubt in dem schaurlichen Drama, das sich dem Leser hier entfaltet, wilde Phantosen einer vom Wahnsinn geprägten Menschenseele vor sich zu haben. Und doch erklären diese typischen Lebenssituationen den Hass und die Schlägerei, mit der das russische Primitivität sein Leben in die Schande schlägt, um den Kursismus zu tilgen und zu vernichten. Außer diesen Tagebuchblättern enthalten die Hefte als Hauptroman Hall Caine's „Der verlorene Sohn“ und im kleinen Teilstücke kurze Erzählungen, belehrende und unterhaltsame Notizen. Witz und Scherz. Die wöchentlich erscheinenden Hefte sind zum Preise von 10 Pf. von Nummer 1 an durch jede Buchhandlung, die Sportereien und Zeitungsausleger zu beziehen. Ebenfalls nimmt jede Postanstalt Bestellungen an.

„Ein römisch-katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat“. Vor einiger Zeit erregte es allgemeines Aufsehen in weiten Kreisen, namentlich der katholischen Bevölkerung, dass ein römisch-katholischer Priester in Holland, Dr. F. van den Ende, sich offen für die Sozialdemokratie und ihre Forderungen erklärt. Sein Werk zog ihm dann auch bald den Hass und die Verfolgung seiner freimaurerischen Kollegen und seiner christlichen Vorgesetzten zu, die es in ihrem christlichen Eifer an Verleumdungen und Verdrehungen aller Art nicht fehlen ließen. In einer Schrift verteidigt sich v. d. Ende gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe. Er zeigt in dieser aber auch, wie ihn der Widerpruch zwischen den nach seiner Ansicht wahren Lehren des Christentums und den heutigen Realitäten derselben zum Sozialismus getrieben und die Kenntnis vom Klosterchoral des Staates ihn zu einem Sozialdemokraten gemacht haben. Diese Darlegungen hat die Buchhandlung Vorwärts übersehen und als Broschüre erschienen lassen. Es ist wohl das erste mal, dass ein römisch-katholischer Priester in offener und rückhaltsloser Weise für die Sozialdemokratie eintritt. Sind auch vom Standpunkt unserer Partei aus betrachtet nicht alle seine Aufführungen unbedingt zu unterschreiben, so sind doch seine Worte beherzigenswert. Ein Nachwort mahnt den Standpunkt unserer Partei. Die Broschüre kostet 10 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

Leipzig.

Wegen angestrahlter Majestätsbeleidigung wurde Gen. Kressin, Medailleur unseres Leipziger Parteiblaatetes, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Wir kommen morgen eingehend auf dieses neueste Produkt katholischer Klassenjustiz zurück.

Christiania. Der Däne Fer. Thor strandete zwischen Haugeund und Bergen und sah mit 30 Personen. Nur drei wurden gerettet.

Sternschanz-Wiehmarkt.

Hamburg, 1. März 1906. Der Schweinehandel verlor mittelmäßig. Zugeschaut wurden 976 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verlandschweine: schwere 75—75½ Mt., leichte 74—75 Mt., Sauen 68—72 Mt. und Ferkel 70—73 Mt. pro 100 Pfund.

Zentral-Verband der Maurer.

Zweigverein Oldenburg.

Nachruf.

Am Dienstag den 27. Februar starb nach langen Leidern im Krankenhaus zu Kiel unser Kollege

Friedrich Denker

im Alter von 45 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.

Am Dienstag den 27. Februar starb nach langen Leidern im Krankenhaus zu Kiel unser Kollege

Friedrich Denker

im Alter von 45 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.

Für die rege Anteilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sowie die reiche Kranzspende sage allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Herrn Pastor Vereborc für die trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen meinen besten Dank.

Anna Alwert Wwe., geb. Helm,
und Kinder.

H. Möller zu seinem morgigen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche

Nun rate mal

Ein freundliches leeres Zimmer mit Bodenraum zu sofort oder 1. April zu vermieten

Eugeniusgrube 26.

Ein ord. Zimmer f. 2 jg. Leute zu vermieten

Meierstraße 32

Zum 1. April eine Wohnung zu vermieten, Preis 200 Mt. Näheres

Schwartauer Allee 82, I.

In verm. eine Stube mit Küche

Rabenstraße 12a (Burgtor).

Gesucht ein Mädchen, das Ostern die Schule verlässt, welches mit der Haushfrau sämtliche Arbeiten verrichtet.

Frau Spindler,

Rotenhause bei Nendorf i. L.

1 sonnerer Damen-Moskenzug zu vermieten

Gr. Burgstraße 15.

Gesucht sofort oder später junge Mädchen zur Erlernung der Schneider (nach dem neuen System).

Frau Wendt, Ludwigstraße 24, I.

Gesucht zu sofort ein Lausmädchen

für Montags und Sonnabends

Brüderstraße 8.

Zu laufen gesucht

Ambos und Bohrmaschine

Angeb. mit S. D. an die Exp. d. Bl.

Herren- und Knaben-Konfektion.

Louis Levy

Klingenbergs 5
und
Ecke Marlesgrube 2 und 4.

Schuhwaren
für
Damen-, Herren- und Kinder.

Täglich Eingang von

Neuheiten für die Frühjahrs - Saison!

Für jede Figur passend, selbst für besonders starke Herren stets gr. Lager in Anzügen, Paletots, Joppen, Hosen usw.

Konfirmanden-Anzüge

in hervorragender Auswahl.

Besondere Abteilung für Maß - Anfertigung unter Garantie tadellosen Sitzes unter erprobte fachmänn. Leitung.

Spezial-Angebot: moderner und haltbarer Anzug „Lubeca“ 26.00 Mk.
schwarz Kammgarn-Anzug „Hansa“ 27.50 Mk.

Verkauf nur gegen bar zu billigen aber festen Preisen.

Sozialdemokratischer Verein.

Da ein Veto entscheidet, soll ein neuer Veto gewählt werden. Mitglieder, die hierauf reagieren, werden aufgefordert, spätestens bis Sonnabend den 3. März, abends 8 Uhr, ihr Schriftstück, unter Angabe ihrer Mitgliedsbuchnummer und Adresse, beim Vorsitzenden P. Pape, Döpferweg 65 (Lüb. Gen. Büderei), abzugeben. Später eingehende Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Der Vorstand.

Zu kaufen gebracht ein dantier Zuckertuempel, mittlere Figur Angeb. um. F. H. an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gebracht
ein Jüdischer Tugend.

Kloppenstraße 22. I.

Ein Konfirmanden-Jacke
fast neu, billig zu verkaufen.

Kreiserstraße 29. I.

In verkaufen echte Edel-Rosen
billig.

Biegelstraße 7.

Ein hoher Sägewagen und eine gute Trittmashine billig zu verkaufen.

Meisterstraße 12a.

Konfirmanden-Anzüge werden jetzt billig verkauft.

Marlesgrube 38.

Sonnabend und Sonntag sind große Posten zu verkaufen.

Krögers Gasthof, Schwartau.

Verloren auf dem Burgfeld 1 Paar Fußballstiefel und ein Turnhandschuh. Abzugeben bei Stüber, Geyerstraße 11 oder 28.

Eine Frau sucht Beschäftigung

Sonnabends zum Reimadela, zu melden keine Gräpelarbeit 5.

Stoff a Sack 1.25 Mk.

Brillenk 1.15 Mk.

Holz a Sack 1.10 Mk.

STENDER, Bülowstraße 5.

Führer

durch die

Strafprozeßordnung.

Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.

Von Dr. Hugo Heinemann.

Preis 40 Pf.

Reclam's Bibliothek

in Taschenformat.
à Banden 20 Pf.

Max Kegel's

Sozialdemokratisches Liederbuch.

Neueste Ausgabe.

Preis 40 Pf.

Preis 40 Pf.

Streifzug oder Sieg der Arbeit.

Sozialistischer Roman der Gegenwart.

864 Seiten stark mit vielen Illustrationen

Preis geb. Mk. 2.50.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Kloppenstraße 50.

Ernstwähler Verleger für den gesamten Zweck der Gattung mit Ausnahme der Zubehör „Gebet und Stoffangebote“ sowie der von F. L. geschaffenen Kritik und Notizen.

Gebet und Stoffangebote für die Zubehör „Gebet und Stoffangebote“ sowie die von F. L. geschaffenen Kritik und Notizen.

Zubehör „Gebet und Stoffangebote“ sowie die von F. L. geschaffenen Kritik und Notizen.

Inventur-Ausverkauf

nur noch kurze Zeit.

Oberstoffen, Porzellan	nur 8 Pf.	Blumentöpfe	nur 95 jezt 65 Pf.
Zuckerdosen mit Deckel	nur 20 Pf.	Klammer	60 Stück 13 Pf.
Kuchenteller	15, 18, 23 Pf.	Leinwagen	jezt nur 23 Pf.
Schlüssel mit Deckel	nur 60 Pf.	Kloßbesen	jezt nur 38 Pf.
Butterdosen mit Deckel	nur 18 Pf.	Hackbesen	jezt 90 nur 65 Pf.
Vorratsdosen, Porzellan	nur 30 Pf.	Tablettes	jezt 120 nur 65 Pf.

Riesen-Bazar

Breitestraße 33.

Pietro Cagna.

Breitestraße 33.

Geschäfts-Übernahm

Hierdurch befreie ich mich anzugeben, daß das Colonial- u.ettmar.-Gesell

des Herrn Carl Walter

Widderstraße Nr. 42

sämtlich übernommen habe. Es wird mein Brin

sein, nur ja Ware zu Konkurrenzpreisen ab-

geben. Werbe auf sämtliche Waren „Lubeca“

hinzutun.

Indem ich bitte, mein Unternehmen gütig

unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll

Hugo Eggerstedt

Widderstraße 42.

Empfiehlt meinen

Rasier- und Haarschneide-Salon

Heinrich Ehlers, Engelsgrube 70.

Wilh. Wigger, Nebenhofstraße

empfiehlt seinen

Barbier- und Frisier-Salon.

Stühle! Stühle! Stühle!

Hute:

Große Voppel-Waggonsladung in meh

eren gangbaren Sorten eingetroffen zu

werden derselben troh erhöhter Holz-

Fabrikationspreise „bis auf weiteres

noch zu den früheren bekannten billigen Preisen

verlaßt.

Es kosten z. B. jezt noch:

Moderne Sprossen-Eisenbahnstuhl 3½ Mk.

Eleganter Walzen-2-Sprossen-Stuhl 4 Mk.

ff. Walzen-3-Sprossen-Stuhl 4½ Mk.

ff. Walzen-Höhelehnstuhl 5 Mk.

H. E. Koch's Möbelhäuser

Marlesgrube 45, 40, 11.

Herrn Gold- u. Silberware

überlassen billig bei

Ernst Gentzen

Ihrmacher,

Königstraße 62, bei der Schule

Neuer Frauenverein.

Volksunterhaltung

Sonntag den 4. März 1906

im „Konzerthaus Fünfhausen“ (Unter den

Chorgang 6 Uhr. Unterhaltungssabend 7 Uhr.

Eintritt 10 Pf. — Mozartfeier —

Hans Theater

Das Mädchen

mit dem goldenen Haar

La belle Lorraine.

Sloan.

Kätschen Loisset

und das übrige Programm.

Billet-Vorverkauf in Sager's Zigar-

rengeschäft, Kohlmarkt.

Gärtnertheater.

Sonnabend den 3. März 7½ Uhr.

Schüler-Klassier-Vorstellung.

Seide Klasse 50 Pf.

Die Karlsschüler.

Schauspiel in 5 Akten von Laube.

Sonntag 4 Uhr. Kleine Preise.

Die Waise aus Howood.

Abends 7 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Tannhäuser.

Große Oper in 3 Akten von Rich. Wagner

Hans Struve

Königstr. 89. Ecke Wahmstr.

Freitag — Sonnabend — Sonntag

Ausnahmetage für

Kunst-Tafelhonig.

	gelb	weiß
Emaileimer	10 Pf. sonst 2.80, jezt 2.50,	jezt 3.00 Mk.
„	5 „ 1.70, „ 1.50,	„ 1.90, „ 1.70 „
„ Kannen	5 „ 1.90, „ 1.60,	2.00, „ 1.70 „

Eduard Speck, Hügstraße 80.

Bei Todesfällen

wende man sich an das

Sarg-Magazin von A. Brodersen C. Behrens Nachl.

Obere Alteidienstraße 7. Fernsprecher 1090.

Genau vorherige Kostenberechnung und eigenes Fahrwerk. Billige Kreise.

Beilage zum Lübecker Volksbote.

Nr. 52.

Sonnabend, den 3. März 1906.

13. Jahrgang.

Der Kolonial-Etat.

Bis vor wenigen Jahren hat die Budgetkommission des Reichstags jeweils 3 oder 4 Tage auf die Beratung des Kolonialstaats verwandet. Das änderte sich im Vorjahr, als die gründliche Ausräumung des Systems Stübel vorgenommen wurde, mit einem Schlag: 14 Verhandlungstage wurden auf die Bergförderung des Kolonialstaats verändert und damit — Herr Stübel erwidert: Es verschwindet vom Schriftblatt seiner Tätigkeit und soll, wie man sagt, demnächst in Norwegen als Gesundter wieder auftauchen. In Kammern möchten wir dabei hinzufügen, daß wir in dem jetzt selbstständig gewordenen nordischen Reiche dem Deutschen Reich einen tüchtigen Vertreter wünschen, will es dort den wachsenden britischen Einfluss genau zu beobachten gilt, eine Aufgabe, die den Diplomaten besser anzusteht, als daß sie plump Verschwendungsabgaben nach Art des gefährlichen Marokkoummens ausführen. Herr Stübel ist, wie gesagt, aus dem Kolonialamt verschwunden; aber sein „System“ ist vorläufig noch nicht abgeschafft worden. Daher hat sich in diesem Jahr die Budgetkommission veranlaßt, in wochenlanger und immer noch nicht abgeschlossener Arbeit eine ausgiebige Nachfrage zu veranlassen.

Das „System Stübel“ besteht in einer geradezu aufreizenden Manie, den Volksvertretern die notwendigen Aufschlüsse zur Beurteilung der kolonialen Beziehungen vorzuhalten, das Geldbewilligungskredit des Parlaments, wo es nur immer angängig erscheint, zu umgehen, das Reich durch Monopolverträge mit gewissen kolonialistischen Firmen und Spekulantenfirmen festzulegen und die niemals absehbaren „Affären“ in den Kolonien nach Möglichkeit zu vertuschen. Die Folgen dieses Systems waren ziellose Verschwendungen der Steuergroschen und immer weiter um sich greifende Verdunkelung des Staats. Um welche Riesensummen es sich dabei handelt, ist ja allgemein bekannt: der eine Aussand der Schwarzen in Südwestafrika hat bisher schon einen Geldaufwand von 212 Mill. Mark bedingt und wird noch 100 Millionen kosten; die eine Kolonie Südwestafrika erfordert nach dem Etat für 1906 wieder einen Rückschluß von sage und schreibe 120 Millionen Mark! Die Finanzverlegenheiten des Deutschen Reichs, die jetzt die Phantasie der Steuerzahler zu immer verrückteren Experimenten treiben, ist in allerhöchster Linie auf unsere völlig ziellose Kolonialpolitik zurückzuführen.

Es liegt auf der Hand, daß da mit eisernem Besen hätte aufgekehrt werden müssen. Das ist nun allerdings nicht geschehen. Denen der Kolonialfondius der bürgerlichen Parteien ist einfach nicht mehr zu bändigen. Jämmerlich hat die entschlossene und zielbewußte Opposition, deren Rückgrat die Vertreter der Sozialdemokratie in der Budgetkommission bilden, sehr viel erreicht und dem System Stübel den Tod gestellt. Es kann niemand einfallen, an die Staatsaufstellungen für die Kolonien denselben Maßstab anzulegen wie an die Geldforderungen für irgend etwas soviel der heimischen Verwaltung: die Schatzräteleisten der Kommunikation, die Unschärheit der inneren Beziehungen, die mangelnde Schulung der Beamten und manches andere so lassen ohne weiteres erklärt erscheinen, daß da manchmal nicht alles klapt. Auch der ist der stärksten Opposition zehnende Volksvertreter wird, wenn die Gründe der Verfehlungen offen und rücksichtslos dargelegt werden, in einzelnen Fällen füre gerade sein lassen dürfen, da er vorläufig nicht in der Lage ist, mit der Kolonialwirtschaft im ganzen aufzuräumen. Undert aber läßt die Krasznitschen in der Zentralverwaltung zu beurteilen. Greifen wir nur ein paar Beispiele heraus!

Beim Ausbruch des Hereroaufstandes wurden starke, des Kriegs ungewohnte Truppenmassen unter den ungünstigsten Umständen nach Südwestafrika geschickt. Es kann nicht wundern, daß unter den Massenhäfen bald allerlei gefährliche Krankheiten, besonders Ruhr und Typhus, aus-

brechen. Da telegraphiert eines Tages das Truppenkommando an die Kolonialabteilung, es brauche rasch 120 000 Flaschen Motivin, um die Kranken zu lindern, die Gesundten zu stärken. Die Kolonialabteilung wendet sich an Berliner Weinfirmen mit der Anforderung, Proben einzureichen, und richtet gleichzeitig an die Handelskammer die Bitte, ihr zwei Sachverständige zur Begutachtung dieser Proben vorzuschlagen. Die Handelskammer willshart der Bitte und entlädt zwei Herren, von denen aber nur einer auf der Bildfläche erscheint, der sich zur Unterstützung eines Freundes mithinbringt. Sie prüfen lustig drauflos und empfehlen der Verwaltung, auf Grund der Proben 80 000 Flaschen anzulaufen. Die anderen 40 000 Flaschen — erbieten sie sich selbst zu liefern! Und die Verwaltung — als wenn das die einfachste und gebräuchlichste Sache von der Welt wäre — trifft diesen famosen Vorschlag bei!! Sie beauftragt also diese Verwaltung die Sachverständigen in Lieferungen, sie macht den Vorschlag zum Gültner. So etwas mag bei einem Nationalversammlung im Dresdner Stadtparlament auf einiges Verständnis stoßen, andere Leute sehen darin einen ungewöhnlichen Grad von, sagen wir: geschäftlicher Umgewandtheit.

Mehr Aufsehen als diese „Vappasse“ haben die Kontrakte gemacht, die die Kolonialabteilung mit der bekannten Firma v. Tippelskirch u. Comp. abgeschlossen hat. Bis zum Jahre 1911 hat diese Firma das Monopol aller Lieferungen für unsere Kolonialtruppen zugestellt erhalten. Was das bedeutet, mag man daraus erschließen, daß jährlich monatlich etwa 700 000 lt., also jährlich mehr als 8 Millionen, an das Haus zu zahlen sind. Selbst wenn die gelieferten Waren einwandfrei sind, so ist eine berechtigte Monopolisierung geradezu eine Anreizung zum Mißbrauch. Es schreiten denn auch zeitweise Gerichte über, daß der Kolonialdirektor Stübel und der Minister und Geschäftsführer v. Tippelskirch Fehler der Firma seien. Herr Stübel hat gegen diese Behauptung gestritten und den Eid darauf geleistet, daß er nicht beteiligt sei; Herr v. Tippelskirch hat nicht gestritten, hat keinen Eid geleistet und den leichten Kolonialdirektor nur zu einer sehr gewundenen Erklärung über seine geschäftlichen Beziehungen zur Tippelskirch ermächtigt. Wir sind der Meinung, daß kein Minister neben seinem Amt noch erwerbend tätig sein darf: wenn er kapitalistisch in Rücksicht machen will, braucht er ja nicht Minister zu werden.

Was den Vorwurf der Verluschung unangenehmer „Affären“ anlangt, so brauchen wir nur auf die Tatzen des Kameruner Gouverneurs v. Battlerau zu verweisen. Nur einem Fall ist zu verdenken, daß die schmachvolle Verhandlung des Kameruner Hauptlinge und ihre so ungerechte wie barbaresche Beurteilung zu unsinnigen Strafen geführt sind. Ein anderer Fall: Beißt drückte im Reichstag vor, daß ein ehemaliger Hauptmann Kannenberg in Ostafrika ein Weib und ein Kind erschossen habe, und fragte an, wie es damit stehe und ob er bestraft werden sei. Daraus allgemeine Schütteln des Kopfes und die Erklärung, Kannenberg habe nie eine solche Tat begangen; allerdings habe er etliche Häuptlinge prügeln lassen, wobei einer gestorben sei, dafür habe er auch zwei Jahre Gefängnis erhalten. Da der Baudenkmann gütig man über der Sache prneuer nach, und was stand sich? Die Sache mit den zu Tode geprügelten Häuptlingen stimmt, aber die andere Sache stimmt in wesentlichen auch. Der edle Opernollige hat tatsächlich ein Weib und ein Kind angeschossen und ist das nicht bestraft worden!

Ein anderer Fall: In Swakopmund ist unter erheblichen Kosten eine Pfarrwohnung gebaut worden, um den immer mehr verstreuten Hufen gebrauchsfähig zu machen. Als auch die Miete ganz versteckt war, wurden teure Bagger zur Rettung angeholt. Sachverständige Kapitäne erklärten in der Budgetkommission, diese Auswendungen seien gänzlich zwecklos, die Bagger sei absolut nichts. Dennoch wurde im vorliegenden Etat wieder mehr als eine halbe Million

Mark für Baggerarbeiten gefordert. Zur Unterhaltung ihrer Förderung legte die Regierung das Gutachten eines berühmten Wasserbauingenieurs vor. Es war ein hellographiertes Blatt von circa 20 Seiten. Der Ingenieur sieht aus, daß die Baggerarbeiten doch nicht ganz aussichtslos seien, man müsse nur alles in großem Stile machen und ein eigenes Hafenbaumitteleinrichten usw. So weit, so gut. Man konnte aus der Sache nicht recht klug werden. Da entdeckte der Große Südweltmäzen, daß aus dem Gutachten drei Seiten herausgeschnitten, einige Stellen absichtlich unleserlich gemacht worden waren. Auf die kategorische Anforderung, anzugeben, was auf den herausgenommenen Blättern standen habe, erklärte die Regierung lieblos, das sei „nur ein Kostenvoranschlag“ gewesen. „Nur“ ein Kostenvoranschlag! Das gerade die Sache für eine Finanzkommission, die Gelder bewilligen soll, die Hauptache ist, „Überschüsse“ man in der Kolonialabteilung! Natürlich wurde den Herrschäften der Brüder gehörig versetzen. Die halbe Million Mark wurde gestrichen und damit den Baggerarbeiten ein rechtssicherer Gade — auch in den Staats! — bereitet. Dranen noch man ohnehin schon auf dem Trocken.

So lönnthen wir Seiten um Seiten mit der Schließung dieses „Systems“ süßen. Im Reichstage wird der Kolonialetat höchstens noch zu lebhaften Diskussionen führen. Es ist nun einmal so, daß der in der Form der Kolonialabteilung ausgebildete kapitalistische Staub — die schlimmste Art des kapitalistischen Raubes — zu den unheilvollsten Konsequenzen führt, und zwar für die „Kolonisatoren“ ebenso wie für die armen Dörfer.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des Lübecker Volksboten

Berlin, den 1. März 1906.

51. Sitzung. Nachmittag 1 Uhr.

Um Bundesstaatlich: Dr. Nieberding.

Die zweite Beratung des Etats der Reichsjustizverwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“. Hierzu liegen vor: 1. Die Resolution des Abg. Dr. Uhlaß (FDP) wegen der Ausschöpfung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf die Pressefachen. 2. Die Resolution des Abg. Graf Hompesch (S) auf Vereinfachung des Wechselprotestverfahrens. 3. Die Resolution des Abg. Graf Hompesch (S) wegen Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene. 4. Die Resolution Haußmann (Deutsche VP) — Dr. Müller-Melming (FDP) auf Heranziehung minder bemittelten Staatsbürgers zum Schöffen- und Geschworenendienst.

Vorzeitig (St.) bezeichnet Reformen auf dem Gebiete des Konkurrenzverfahrens als notwendig, aber schwierig, und tritt für Umwandlung der Schwurgerichte in große Schöffengerichte ein. — Abg. Stadthagen hat durch seine neuliche Rede bewiesen, daß er sein auf dem Jenenser Parateig gegebenen Vertragen noch ruppiger werden zu wollen, halten will. (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballerstrem: Wenn ein Redner außerhalb des Hauses erklärt hat, noch ruppiger werden zu wollen, so darf das innerhalb des Hauses nicht erwähnt werden. (Erneute Heiterkeit.)

Vorzeitig (fortfahren): In Deutschland werden alle Menschen mit gleichem Maße gemessen, Bauer und Schrein, Unternehmer und Arbeiter. (Sturmische Heiterkeit b. d. Soziald. Kurve.)

Präsident Graf Ballerstrem: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Vorzeitig (fortfahren): Die Sozialdemokraten beschweren sich über die Beurteilung der Leipziger Volkszeitung; aber Franz Mehring, der leitende Redakteur dieses Blattes, ist doch von Sozialdemokraten selbst als ein physiologisches Rätsel bezeichnet worden. Die Leipziger Volkszeitung hat mit dem Gedanken gespielt, daß der Funke in das Pulversatz fallen und es zum Sünden bringen soll. (Besall rechts.)

Sie sprechen von Herrn Morley —

„Oh, wie nennen ihn nicht Herr,“ sagte Sybil lächelnd. „Ich meine Stefan Morley“ sagte Egremont, sich seiner Stellung wieder erinnernd, „welchen ich in der Marktg. Amt traf. Er ist sehr geschickt, nicht wahr?“

„Er schreibt vorzüglich und hat sehr viel gelernt, und was er ist, ist er durch sich selbst. Ich höre, daß auch Sie die gleiche Larissbahn verfolgen,“ sagte Sybil.

„Über ich bin ich: großer Schriftsteller, und kein großer Gelehrter,“ erwiderte Egremont lächelnd.

„Was Sie auch sind,“ sagte Sybil in einem ernsteren Tone, „ich hoffe, daß Sie die Talente, welche Gott Ihnen gegeben hat, nie gegen das Volk verwenden werden.“

„Ich bin hierher gekommen, um etwas über die Lebensbedingungen des Volkes zu lernen,“ antwortete Egremont. „Das kann man nicht in einer großen Stadt, wie London. Wie leben dort in einem zu beschränkten Kreis. Sie werden mit behilflich sein,“ fügte Egremont hinzu. „Für Gott wird mich interessieren. Sie sagten mir gestern Abend, daß kein anderer Gegenstand außer einem jemals Ihre Gedanken in Anspruch nahme.“

„Ja,“ sagte Sybil, „ich habe unter zwei Dächern gelebt, nur unter zwei, und jedes von beiden hat mir einen großen Gedanken gegeben: das Kloster und die Hütte. (Cottage, wie haben das Wort, welches durch kein deutsches Wort vollständig gedeckt wird, dem jünglichen Sinn nach dem bald mit „Häuschen“, bald mit „Hütte“ übersetzt.) Das Kloster hat mich den Verfall meines Glaubens gelehrt, die Hütte den meiner Lasse. Sie werden sich deshalb nicht wundern, daß mein Herz der Kirche und dem Volke gehört.“

„Aber es gibt noch andere Ideen,“ bemerkte Egremont, „die gleichfalls wert sind, in Ihren Gedankenkreis aufgenommen zu werden.“

„Sie fühle, diese zwei sind genug,“ sagte Sybil, „sie sind schon zu groß für meinen Kopf.“

Siebentes Kapitel.

Um Ende eines „Hauses“ (Court, Hof, d. h. eine doppelter Häuserreihe) in Wobgate, der von größerer Ausdehnung war als gewöhnlich in dieser Stadt, stand ein hohes, vielseitiges Haus mit verschieferten, unregelmäßig aufeinander gesetzten Stockwerken. Es war sehr verwahrlost; den Haupttritt nahm die Werkstatt eines Nagelschmieds ein; in jedem Stock und jedem Gang arbeitete eine große Menge schwerer, elterner Maschinen und das Gebäude selbst befand sich in einem so erbärmlichen Zustand, daß es bei jeder Bewegung quälte, sah und zitterte. Der Hof davon war ganz storisch, an vielen Stellen konnte man durch die verfaulten Planke hindurch blicken, während die oberen Stockwerke durch Balken und Pfeiler gestützt wurden. Dieser war der Palast des Schöffen von Wobgate, der mit seinen ruhigen Armen an jenen Schöffen arbeitete, die jedem nicht von ihm selbst gekauften Vieh verschafft.

Es war ein kurzer, unterseiter Metz, kräftig gebaut und mit selbst für seine Größe unverhältnismäßig langen Armen und einem Gesicht, das sowohl man überhaupt ein so durch Arbeit entstilles Gesicht beurteilen kann, eher roh als hässlich war. Seine ausgewählten Kleider, von Veränderung und Schreden erfüllt, arbeiteten um ihn herum. Es waren magere, knochige Jungen, die nicht einen Augenblick ihre schwankigen Gesichter und glanzlosen Augen von ihrer raspligen Arbeit zu erheben wagten. An jeder Seite ihres Herren saß, auf einem Stuhl, höher als die anderen, ein Knabe von nicht mehr als vier oder fünf Jahren, ernst, sogen und augenzwinkend stolz auf die erhöhte Stellung und beide arbeiteten unaufhörlich mit ihren kleinen Fellen. Dies waren zwei Söhne des Bischofs.

„Run, Jungs,“ sagte der Bischof mit einer rauhen, heiseren Stimme, „immer fort, immer fort! Da ist eine Feile, die nicht sagt; Ihr könnt mein Ohr nicht tönen; ich kenne alle Ihre Stimmen. Läßt mich den Faulenzer nicht herausfinden, oder ich werde ihm auf den Pelz rücken.“

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Übersetzt von Natalie Siebeld.

26 Fortsetzung.

„Was noch nicht lange her ist,“ sagte Egremont lächelnd und mit ihr umlehnend.

„Ed scheint so,“ sagte Sybil.

Sie gingen zusammen weiter; Sybil, fröhlich wie der junge Tag, mochte auf tausend Schönheiten der Landschaft aufmerksam und sprach in ihrer klänglichen Stimme mit Horolb, der bald vor ihnen herstrahlte, bald sie am Kleid zusetzte, und manchmal, wenn er lange weg gewesen war, seiner Herrin ins Gesicht sah, wie um zu fragen, ob er in seiner Abwesenheit auch vermählt worden sei.

„Wie schade ist's, daß Ihres Vaters Weg jehen Morgen talaußwärts führt,“ sagte Egremont, „er würde Sie sonst nach Mowbray begleiten.“

„Ach, ich bin aber so glücklich, daß er in keiner Stadt zu arbeiten hat,“ antwortete Sybil. „Er ist nicht dazu gemacht, um in einer heißen, dämmigen Fabrik, in einer rauchigen Straße eingesperrt zu sein. Wentworth arbeitet er zwischen Wäldern und Wiesen. Und die Trosshofs sind gute Leute, so freundlich gegen ihn und gegen alle.“

„Sie lieben Ihren Vater sehr.“

Sie sah in etwas erstaunt an, dann fing ihr süßes, ernstes Gesicht zu lächeln an und sie fragte: „Und finden Sie das sonderbar?“

„Oh nein,“ sagt Egremont. „Ich bin selbst geneigt, ihn zu lieben.“

„Ah, Sie gewinnen mein Herz,“ antwortete Sybil, „wenn Sie ihn lieben. Ich glaube, das ist der einzige Grund, warum ich Stefan gern habe — denn sonst sagt er oft manches, womit ich nicht einverstanden und was ich nicht willig, aber er hat meinen Vater so gern.“

Nucas (M.) protestiert gegen die Herabsetzung des Richterstandes durch ungerechtfertigte Kritik ihrer Urteile, die doch auf Grund der bestehenden Gesetze gefällt seien. Auch wir verurteilen den Zeugnisszwang als widersinnig. So verwerfen wir auch das Zeugnissanwaltschaften gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme Słowski, der übrigens in der Untersuchungshaft es recht gut gehabt hat, wie er in einem in der Volksstimme veröffentlichten Briefe selbst ehrlich aufrührte. (Medner verließ hierauf unter großer Heiterkeit des Hauses den erwähnten, im Frankfurter Dialekt geschriebenen Brief Słowski.) Die Hoffnung, die man an die sog. Lex Hagemann knüpft, daß durch Erweiterung der Schöffengerichtskompetenz die Zahl der Revisionen gegen Strafgerichtsurteile vermindert und somit das Reichsgericht entlastet werden würde, hat sich bisher nicht erfüllt. — Redner ist für Gewährung von Däten an Schöffengericht und Geschworene, für Hinzuziehung von Zeugen zur Rechtsprechung über die Presse, aber gegen die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Presfeliste, andererseits jedoch auch gegen Einschränkung oder Befestigung der jetzigen Zuständigkeit der Schwurgerichte. (Bravo! b. d. Nail.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Lex Hagemann ist noch nicht lange genug in Wirklichkeit, als daß sie schon eine Entlastung des Reichsgerichts hätte herbeiführen können. Die einzelstaatlichen Justizverwaltungen sind in einem Mundschreiben erlaubt worden, die Staatsanwaltschaften anzusehen, möglichst viel Prozeßsachen an die Schwurgerichte, statt an die Strafammern abzugeben.

Städte (SD): Wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen, hier im Reichstage an markanten Tendenzenprozessen das Werk der Klassenjustiz darzulegen. Die mehr oder minder gute Behandlung unseres Genossen Słowski ändert nichts an unserer prinzipiellen Stellungnahme zum Zeugnisszwangsvorfahren, durch das man Redakteure zur Preisgabe von Geheimnissen, also zu ehrlosen Handlungen anlängen will. — Es kann keinem Vorzug gelingen, den Mohnen der Klassenjustiz reinzuwaschen. Wenn die Justitia, wie Herr Borwig etwas verbüntigt, zur Verteidigung der Interessen der herrschenden Klassen dient, dann ist das eben Klassenjustiz. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Was die Frage der Gefangenarbeit betrifft, so müssen allerdings die Gefangenen beschäftigt werden, aber die Gefangenarbeit darf nicht benutzt werden, um der freien Arbeit Schwierigkeiten zu machen. So läuft eine betönte Neuruppiner Firma im Gefängnis Bilderbogen plakieren. Durch Gefangene ausgeschöpft, kostet das Kolonizer pro Ries-Bilderbogen eine Macht, während es sich draußen auf 250 M. stellt. In einem Beitzungsinstanz hat die Firma — es ist die bekannte Firma Gustav Kuhn — erklärt, sie sei gezwungen, die Arbeit in den Gefängnissen herstellen zu lassen, weil ihre Arbeiter und Arbeitnehmer unverfügbare Lohnforderungen gestellt hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Firma hat also ausgegeben, daß sie Gefangene als Streikbrecher verwendet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Regierungspräsident, Staatsanwalt und Justizminister haben sich geweigert, einzuwirken, obwohl doch in den Grundlagen, die für die Beschäftigung der Gefangenen aufgestellt sind, ausdrücklich gesagt ist, daß eine Unterbietung der freien Arbeit durch die Gefangenarbeit ausgeschlossen sein soll. Wir treten für den Antrag Ablach auf Ausdehnung der Schwurgerichtskompetenz auf Prezvergehen ein. Es wundert uns nicht, daß der Staatssekretär sich dagegen erklärt hat; wir wissen ja, wie allgemein man im Bunde steht den Schwurgerichten ist. Ebenso wenig wundert es uns, daß die Nationalliberalen gegen die Erfüllung dieser alten liberalen Forderung sind. Haben sie doch schon längst alle liberalen Grundsätze über den Haufen geworfen. In den Strafammern herrscht eine geradeau handwerksmäßige Verurteilerei, das hat schon der Abg. Windhorst hervorgehoben. In Bayern ist es besser, dort kennt man den Assessorismus nicht; in den dortigen Strafammern sitzen nur Landrichter und außerdem ist dort die Fortbildung der Juristen eine weit bessere und vielseitigere. Es wäre dringend erwünscht, daß jeder Richter eine Zeitlang Verteidiger gewesen sein sollte, ich wäre sogar dafür, daß jeder Richter einmal 14 Tage lang eingesperrt würde (Gr. Heiterkeit), um die Erfahrungen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die Rechtslehrung seitens der Schwurgerichtsvorständen wird oft zu Ungunsten der Angeklagten gebraucht. Vielleicht könnte man vorschreiben, die Rechtslehrung durch einen an der Verhandlung nicht beteiligten Richter vornehmen zu lassen. Die Staatsanwälte sind geneigt, jedes freisprechende Urteil als einen Schlag gegen die Justiz zu betrachten. In Erfurt war ein Staatsanwalt, der gewohnheitsmäßig in Prezprozessen gegen das dortige sozialdemokratische Blatt 6 Monate Mindeststrafe beantragte. Ich glaube, dieser Staatsanwalt hieß Hagemann. (Gr. Heiterkeit.) Das die Staatsanwälte, wie Herr Bassermann erwähnte, sehr gern Offiziere a. D. unter den Geschworenen haben, wundert uns

gar nicht. Wir dagegen sehen am liebsten möglichst wenige Offiziere unter den Geschworenen. In Kaufprozessen legen die Staatsanwälte Wert auf möglichst milde Geschworene, in Prezprozessen möchten sie möglichst streng. Das den Urmens vielfach jüngere Assessoren als Offizialverteidiger gestellt werden, ist eine bedauerliche Benachteiligung der Urmit gegenüber dem Geldebeutel. Man sollte lediglich Staatsanwälte als Offizialverteidiger verwenden. — Das die Rechtsprechung durch die Geschworenen nichts weniger als ideal ist, wissen wir alle nur zu gut. Den Fehlentscheid hat ja schon Leipzig'sche hervorgehoben. Über die gelehrten Richter, die die Leipziger Verhandlung leiteten, waren keineswegs unschuldig an dem Urteil. Wir erkennen keineswegs den Klassencharakter der Schwurgerichte, aber wir betrachten sie als eine geeignete Grundlage, auf der die Volksgerichte aufgebaut werden können, und wir sehen in ihnen immerhin eine gewisse Schutzmacht gegen die tendenziösen Prezprozesse, wie sie jetzt in Preußen prassieren. Es ist beachtlich, daß in Süddeutschland die Prezprozesse viel seltener sind. — Mit der Dätenzahlung an Schöffengericht und Geschworene sind wir natürlich einverstanden. Erhalten doch auch die Richter, wenn sie in auswärtigen Terminen fungieren, Tagegelder, ohne daß dadurch ihre Unabhängigkeit beeinflusst würde. Auf das entschiedenste muß ich den Angriff des Abg. Bassermann gegen die Unparteilichkeit der Sozialdemokratischen Gewerbeberichterstädtler zurückweisen. Der Vorsitzende des Berliner Gewerbeberichts hat diese Unparteilichkeit ausdrücklich anerkannt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Selbst Herr Bassermann hat anerkannt, daß das Vertrauen zur Rechtsprechung erschüttert ist. Wie kann man sich darüber wundern, daß das Volk das Vertrauen zur Justiz verliert, wenn es die brutale Handlungsweise eines Fürsten Kotschubey mit einer für diesen reichen Mann geradezu lächerlichen Geldstrafe, irgendwelche Ausschreitung von Arbeitern aber, und sogar das Streikpostenstehen, mit exemplarischen Gefängnisstrafen belegt sieht? — Es scheint doch, daß die Linde, die Frau Justitia vor den Augen haben soll, etwas sehr durchsichtig ist. — Erst mit dem Klassenstaat wird die Klassenjustiz verschwinden. (Vehemente Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Es spricht nicht gegen, sondern für die deutsche Justiz, daß die Sozialdemokraten kein Vertrauen zu ihr haben. (Lachen und Unruhe b. d. Soz.) Die Unparteilichkeit der deutschen Richter steht turmhoch über allen Angriffen. (Lachen b. d. Soz.) Ich muß durchaus bestreiten, daß ich der Presse nicht wohl will. Ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um die Reform der Strafprozeßordnung zu fördern. Der Antrag Ablach würde aber dieser Reform nur hinderlich sein. Neben dem Ruppiner Fall war der Borodiner nicht genügend orientiert. Er hat es auch unterlassen, sich aktenmäßig darüber zu unterrichten. Seine Angriffe gegen die Gefangenverwaltung muß ich zurückweisen. (Lebhafte Beifall, rechts.)

Kirch (B.): Unter dem freisinnigen Antrage auf Dätenzahlung an Schöffengericht und Geschworene, der sich nicht zu seinem Vorteil von unserem eben dahingehenden Antrag unterscheidet, steht u. a. ein Name, der geeignet ist, den Antrag zu verwässern. (Heiterkeit. Zuruf: Götter! Erneute Heiterkeit.) — Redner polemisiert gegen den Abg. Müller-Meiningen, der dem Bischof von Mainz zu Unrecht Kunstdauerausentum vorgeworfen habe, und gegen den preußischen Landtagsabgeordneten v. Campe und dessen Angriffe auf die Eintragung von Ordensgesellschaften in das Handelsregister. Der größte Teil meiner Fraktion ist gegen den Erfolg der Schwurgerichte durch große Schwurgerichte.

v. Dirlsden (FDP): Wenn die Sozialdemokraten am härtesten von den Gesetzen betroffen werden, so kommt das daher, weil sie sich am meisten gegen die Gesetze verstoßen. Es ist schwer, sich mit den Sozialdemokraten über den Justizpat zu unterhalten, da es ihnen an juristischer Bildung fehlt. — Ich habe keine neue Lex Heinze verlangt, sondern mich nur gegen das Überhandnehmen der Schwurgerichte und der Obertribunalen gewandt.

Fam. Ams (FDP) tritt für eine Vereinfachung des Wechselprotestverfahrens ein und willst die Vornahme der Protesterhebung durch Postbeamte, die sich in Belgien glänzend bewährt hat. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, daß bereits Verhandlungen mit der Postverwaltung in dieser Richtung schweben.

v. Damm (Wirtsh. Vereinig.) tritt für eine Beschränkung des Erbrechts bei ganz entfernten Verwandtschaftsgraden ein.

Heine (SD): Wenn man vom Regierungstisch aus droht, am Antrag Ablach die Strafprozeßreform scheitern zu lassen, so sind derartige Drohungen in Deutschland so althergebracht, daß sie uns nicht imponieren. Nachdem der Reichstag unseren Antrag auf Schaffung eines ausschließlichen Gerichtsstandes für die Presse abgelehnt hat, haben es Regierung und Staatsanwaltschaft in der Hand,

Soll Ihr nicht glückliche Fragen, regelmäßige Arbeit, wie diese, zu haben und die Wohnung! Wir ging es nicht so gut, daß kann ich Euch sagen. Soll mit das Schloß. Du Schuhzusche dort, kannst Du Dich nicht bewegen? Kram Dich in Acht, aber ich werde Dich in Gang bringen, und wie! immer fort, immer fort! Lässtig drauf los! Ganz recht, das ist Ruff. Wo kann man solche Ruff hören, so lieblich wie die von zwanzig zugleich arbeitenden Fellen? Ihr solltet Euch glücklich schämen, Ihr Jungen! Gibt es nach dieser Arbeit nicht ein prächtiges Gericht für Euch! Das ist alles. Holle, dort Da rothaariges Urgeister, wo auch steht Du?"

Drei Jungen sah sich um. "Was ist das, soll ich zu Euch kommen?" und er sprang unter den erschrocken Hauen und ergriff die unglücklichen Ohren des ersten besten Lehrers, den er erwischen konnte und riss an ihnen, bis das Blut herauströmte. "Bitte, Bischoff," heulte der Knabe, "es war wirklich nicht meine Schuld; hier ist ein fremder Mann, der nach Ihnen fragt."

"Wer verlangt nach mir?" sagte der Bischoff, um sich blitzen; und er gewahrte Morley, der soeben eingerückt war.

"Kum, wollen Sie Schlosser über Nagel?"

"Richts," sagte Morley, "ich wünsche einen Mann namens Hatton zu sehen."

"Hier sehen Sie einen Mann vor sich, Nameus Hatton", antwortete der Bischoff; "und was wünschen Sie denn von ihm?"

"Ich möchte mit Ihnen ein Wort allein sprechen," sagte Morley.

"Ach, ich möchte wissen, wer dieses Schloß fertig machen und meine Jungen in Hucht halten soll. Ist es eine Bestellung, so lassen Sie mich sie gleich wissen."

"Es ist keine Bestellung," sagte Morley.

"Dann will ich auch nichts weiter hören," erwiderte Hatton.

"Es betrifft Familienangelegenheiten."

"Ah," sagte Hatton aufscheinend, mit plötzlich erwachtem Interesse, "kommen Sie von ihm?"

"Kann sein."

Hierauf blickte der Bischoff an die Zimmerdecke, in der verschiedere breite Risse waren, rief laut eine unsichtbare Person oben und bekam sofort Antwort von einer scharfen, keltischen Stimme, die in zärtlicher Weise, mit Flüchen vermischt, Worten fragte, was er wolle. Seine Antwort brachte die unsichtbare Person herunter, die gleich in die Werkstatt eintrat. Es war die schreckliche Erziehung der Frau Hatton, — ein großes, härtiges Mannweib mit einer Faust in der Faust — denn dies schien die ausgewählte Waffe des Hauses, — und mit Augen, die das Bewußtsein unbeschaulicher Macht verhinderten.

"Pass auf die Jungen auf," sagte Hatton, "denn ich habe E-Schäfte."

"Ob ich aufpassen will!" antwortete Frau Hatton, und ein Schauder ging durch die ganze Versammlung.

Alle Fellen bewegten sich in regelrechter Melodie, nicht einer wagte sein Gesicht zu erheben, selbst ihre beiden Jungen sahen noch ernster und schärfer aus. Nicht daß sich irgend einer einen Augenblick geschmeichelt hätte, der größte Fleiß von seiner Seite könnte einen Ausbruch verhindern, — Alles, was jeder erachtete und verzweifelt hoffte, war, daß nicht er das ausgewählte Opfer sein möchte, dem ein Kopf in den Kopf gehauen, ein Auge ausgeschlagen, oder ein Ohr ausgerissen würde durch das Geschöpf, das nicht allein der Schrecken der ganzen Weltfläche, sondern von ganz Wodgate war, — des Bischoffs zartes Geschöpf.

Unterdessen nahm der würdige Bischoff Herrn Morley in ein Zimmer, wo keine anderen Röhrchen, als solche von

den liegenden Gerichtsstand für die Presse auf Umwegen wieder einzuführen. So ist das in Berlin ungehindert verbreitete Flugblatt unserer Partei gegen das preußische Klassenwahlrecht in Magdeburg unter Anklage gestellt worden. (Hört! hört! links.) Um so mehr haben wir Veranlassung, die Vorschläge der Strafprozeßkommission ohne weiteres als gänzlich unzulänglich abzulehnen. Diese so gerührte Kommission, die sich selbst auch so gerührt hat, hat Verschämungen statt Verbesserungen in Vorschlag gebracht, die Zeugenvernichtung noch inquinitorisch gestaltet, die Erweiterung der Rechte der Vertheidigung von der Laune des Gerichts abhängig gemacht und uns mit einem geradezu unerhörten summarischen Verfahren begnügt, das die auf frischer Tat Schuldigen binnen 24 Stunden von einem Einzelrichter ohne Zugabe von Schöffern, ohne Verteidiger aburteilen lassen will. So kann ein Versammlungsredner, der eine einem überwachenden Gericht mißfällt, seine Auseinandersetzung vor dem nächsten Amtsrichter geschleppt werden. Eine ähnliche Verkürzung befand sich in dem Regierungsentwurf von 1891 und die Regierung stand damals unumwunden zu, daß politische Zwecke damit verfolgt werden sollen. — Von der Untersuchungshaft wird häufig der unachorigste und rücksichtlose Gebrauch gemacht. In Königsberg wurde ein wegen Hochverrats gegen Russland Angeklagter in Untersuchungshaft genommen, weil die Gefahr bestand, er könnte nach Russland fliehen. (Heiterkeit b. d. Soz.) In diesem Missbrauch ändert die Vorschläge der Kommission so gut wie gar nichts. Allerdings läßt die Kommission die Berufung ein. Diese Berufung wird aber dadurch völlig verlorlos, daß sie nicht mit dem Recht der Beweisaufnahme verbunden werden soll. Der Angeklagte kann zwar auf seine Kosten mit den Zeugen an die Berufungsstätte erscheinen; aber die Vernehmung der Zeugen hängt gänzlich von dem Belieben des Vorsitzenden der Berufungsstätte ab. Gewiß sehnt man sich im ganzen Volke nach Berufung; wenn aber gleichzeitig die von der Kommission vorgeschlagene Ausschlußberufung der Staatsanwaltschaft mutwillige Revisionseinlegung bestraft werden soll. (Hört, hört! b. d. Soz.) So will man die Bestrafung "mutwilliger" Revisionseinlegung, die vor 100 Jahren infolge der allgemeinen Entlastung beseitigt werden mußte, jetzt wieder einführen! Und das schlägt eine Kommission von erlauchten Parlamentariern und Juristen vor! — Gegen die Schwurgerichte wird unter anderem ins Feld geführt, daß sie ihre Urteile nicht begründen. Über die Urteile der Strafammern werden wirklich dadurch nicht besser, daß sie schriftlich begründet werden. Die Münchener Geschworene, die den Simplicissimus freigesprochen haben, werden ihre Gründe gehabt haben, wenn sie sie auch nicht schriftlich zu schildern brauchen. Jedenfalls haben sie dadurch, daß sie uns den Simplicissimus erhalten haben, eine nationale Tat vollbracht. (Gr. Gelächter rechts und im Zentrum.) Der Simplicissimus ist eine der wenigen publizistischen Erscheinungen, auf die der Deutsche Stolz sein kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich ist er kein Blatt für Kinder; aber die Kunst ist auch kein Kinderstückspiel und die Justiz sollte sich nicht, wozu leider manche Schwurgerichtsurteile Neigung zeigten, zur Kindermühne machen. Als ich 1888 am Strafgericht des Kummergerichts beschäftigt war, brachte der Vorsitzende die Urteilsgründe auf einem Bogen bereit fertig mit, ehe die Verhandlung begann. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Landgerichtsrat Freitag in Breslau, der sich durch seine drakonischen Urteile, besonders, aber nicht ausschließlich in politischen Prozessen, einen Namen gemacht hat, wurde von einem Rechtsanwalt dabei erfaßt, wie er vor Vernehmung der Enthaltungszeugen das Urteil dem Protokollführer leise in die Feder diktierte. Herr Freitag wurde hierauf an das Oberlandesgericht in Kamburg versetzt und stand nach kurzer Zeit den Weg ins Reichsgericht. (Hört, hört! bei den Soz.) Und Richter, die so verfahren, stellen dann beim gewöhnlichen Mann den Grundsatz auf, daß Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe schützt. — Zweier Gefahren drohen bei der Rechtsprechung durch gelehrte Richter: einmal die bureaukratische Verknöcherung, die gewöhnlichste Verurteilerei, zum anderen die persönliche Leidenschaft, die den Richter sich als Parteimann schlägt lässt. Die Kommission hat zwar den Mut, zu behaupten, daß gerade die Geschworenen sich leicht von politischen Strafungen beherren lassen. Aber in der Tat ist diese Beeinflussung bei den Juristen viel schlimmer. Gegenüber Vogabunden oder leidenden Weibern Unparteilichkeit zu üben, ist wirklich nicht schwer; der wahre Praktikant für richterliche Unparteilichkeit sind die politischen Prozesse. Ich glaube keineswegs, daß die Richter bemüht Unrecht begehen. Aber sie lassen sich von der politischen Leidenschaft packen. In solchen Fällen kann aber den Richtern der mildende Umstand des guten Glaubens nicht zugestanden werden. Der gute Glauben mag blinden Fanatikern und schimpfenden alten Weibern als Milderung angesehen

Eisen in Bewegung waren und fragte: "Nur, was bringen Sie mir?"

"Sie mögen ich mit Ihnen über Ihren Bruder sprechen," sagte Morley.

"Ich vermutte dies, als Sie sagten, daß Familienangelegenheiten Sie hierher bringen; es ist der einzige Verwandte, den ich auf der Welt habe, und deshalb muß es von ihm sein."

"Es ist von ihm," sagte Morley.

"Scheint er irgend etwas?"

"Hm," sagte Morley, der von Natur ein Diplomat war und sofort die Lage begriff: er sollte aufgesucht werden, wo er doch selbst aussortieren wollte; aber er beschloß, die Sache nicht zu überstürzen. "Wie lange ist es her, daß Sie von ihm gehört?" fragte er.

"Nun, ich dachte, Sie wüssten es," sagte Hatton, "ich hörte von ihm wie gewöhnlich."

"Aus seinem gewöhnlichen Ort?" fragte Morley.

"Ich wünschte, Sie sagten mir, wo der ist," bemerkte Hatton eifrig.

"Nun, er schreibt Ihnen doch?"

"Viele Briefe, niemals eine Bille, außer einmal, und das war vor zwölf Jahren. Er schreibt immer eine gewöhnliche Befürwortung, alle Weihnachten, und das ist alles, was ich von ihm weiß."

"Dann ist er reich und es geht ihm gut," bemerkte Morley.

"Ich weiß nicht, ich glaubte, Sie lämen von ihm," sagte Hatton.

"Ich komme um seinetwillen. Ich wünschte zu wissen, ob er lebt, und das habe ich von Ihnen erfahren; und ferner, wo er ist, und das sind Sie nicht im Stande mir zu sagen."

"Sie sind ein richtiger Schlauberger," sagte der Bischoff. (Fortsetzung folgt.)

werden; vom Richter aber ist zu verlangen, daß er nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft hat, seiner Vorurteil Herr zu werden, sobald er den Richterstuhl bestiege.

Nun noch ein Wort zu dem bekannten Breslauer Urteil, das ich hier auf den Tisch des Hauses niederlege. In dem Urteil spiegelte sich die durch die Presse der konservativen Presse hervorgerufene allgemeine Erregung wieder. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Der Breslauer Redakteur Loebe hat immer den Standpunkt vertreten, daß man an nichts anderes denken könne, als an eine friedliche und geordnete Entwicklung. Das Gericht aber sagte: Das glauben wir nicht, und erklärt weiter: der Angeklagte habe durch den Hinweis auf die russische Revolution die deutschen Arbeiter zu Gewalttätigkeiten angeregt. Loebe hatte geschrieben: Wir wollen auf geheimnäßigen Wege in Preußen das Dreiklassenwahlrecht durch ein anderes Wahlrecht erzeugen. Wie konnte man nur in diesen Worten die Aufforderung zur gewalttätigen Einführung des sozialdemokratischen Zukunftstaates in Preußen erblicken? In Stargard erblickte das Gericht in der Aufforderung des in Berlin zu Hunderttausenden ungehindert verbreiteten Flugblattes, am 21. Januar in Massen die Versammlungen zu besuchen, eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, denn so beschloß das Gericht weiter, die Versammlungen am 21. Januar sollten der Verherrlichung der russischen Revolution dienen. Davon stand über kein Wort im dem Flugblatt. So wurden zwei Leute verurteilt, weil einer einem anderen ein Blatt mit diesen Flugblättern gegeben hatte, obwohl nicht einmal festgestellt werden konnte, ob sie gelesen waren. Die Justiz verlangt von uns Glauben an ihre Ehrlichkeit. Dann muß aber auch die Justiz politischen Angeklagten glauben, daß sie meinen, was sie sagen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) dann muß sie aufhören, in klaren und deutlichen Worten etwas hinein zu legen, was nicht gemeint war und nach dem ganzen Zusammenhange nicht gemeint sein konnte. Sonst kann die politische Justiz nicht erreichen, daß die öffentliche Meinung an ihre Ehrlichkeit glaubt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

In politischen Prozessen steht die Überzeugung auf der Anklagebank und die gegnerische Überzeugung sitzt meist zu Recht. Darin liegt die Immoralität jeder politischen Justiz. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich bezweifle nicht, daß auch Schwurgerichte in politischen Prozessen falsche Urteile fällen können. Daraus gibt es aber nur einen Schluss: Abschaffung der politischen Prozesse überhaupt. Es gibt Leute, die die niedrige Gesinnung haben, sich schadenfroh zu ergötzen, wenn ihr politischer Gegner einige Monate lang mundtot gemacht wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Glauben Sie denn aber, daß die Discrediterung der Justiz, welche die Folge politischer Prozesse ist, dieses kleine Vergnügen gewisser Leute wert ist? Wie denken denn die Betroffenen darüber? Wird auf sie ein solches Urteil irgend einen bemerkenswerten Einfluß ausüben? Werden sie nicht das Gefühl haben, sie stehen nicht vor den Richtern, sondern vor dem Feinde? (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Aber diesen Feind können sie nicht ansehen, wie sonst einen Feind. Tritt man einem bewaffneten Feinde bewaffnet entgegen, so kann man sich nicht rounieren, wenn er einen nach Kriegsrecht behandelt. Das ist offener ehrlicher Kampf! Politische Prozesse sind der Tod der Gerechtigkeit, und wenn an der Achtung der Rechtspflege liegt, der muß die politischen Prozesse überhaupt beseitigen. (Lebhafte Beifall b. d. Soziald.)

Staatssekretär Dr. Niederding: Der Herr Vorredner hat in seinen Anklagen gegen die deutsche Justiz vielfach Worte gebraucht, die er bei ruhiger Überlegung, wenn er den Tatsachen Rechnung tragen wollte, wohl nicht gebraucht hätte. Er hat mich bezichtigt, ich hätte beim Hause gegenüber Drohungen gebraucht. Wenn alle seine Ausführungen so wahr wären wie diese, dann bedauere ich ihn. Wenn die Vertreter der Regierungen hier nicht das Recht haben sollen, wie ich das stets ohne Umschweife ehrlich und aufrichtig getan habe, in Fragen, die den Reichstag beschäftigen, die Stellung der Verbündeten Regierungen klarzulegen, so ist ihre Unwesenheit hier überhaupt überflüssig. Ich begreife nicht, wie der Herr Vorredner zu solchen Extravaganzien kommt. (Lachen b. d. Soziald.) Der Herr Vorredner hat unsere Justiz hart mitgenommen, indem er eine Anzahl von Fällen vorgeführt hat, die er mehr oder weniger verallgemeinerte. Bei der Unzahl Entscheidungen, die jährlich gefällt werden, gebe ich ihm ohne Weiteres zu, daß auch mal fehlgegriffen, der Leidenschaft Raum gelassen, ja auch mal ein ungerechtes Wort gepronkt wird. Wenn aber der Herr Vorredner unparteiisch urteilen wollte, muß er hervorheben, daß die von ihm angeführten Fälle Ausnahmen sind. (Widerspruch b. d. Soz.) Der Herr Vorredner fordert, daß die Richter sich von politischen Vorurteilen frei machen. Das sollte er selbst tun. Er sprach von der Rechtsprechung im allgemeinen als unehrlich und schief. Es fällt mir schwer, demgegenüber die rechten Worte zu finden. Zu der Mahnung zur Ehrlichkeit und Wahrheit sollte er sich nicht an die deutschen Richter, sondern an die sozialdemokratische Presse wenden, denn nirgends sind Ehrlichkeit und Wahrheit weniger vorhanden als dort. (Unruhe b. d. Soziald., Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluss 6 Uhr.

Geschehnisse und Verhandlungen.

Und dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Jahresabrechnung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands pro 1905 wird in der letzten Nummer des "Correspondenzblattes" veröffentlicht. Unter den Ausgaben finden sich u. a. für Agitation 33 000 M., Verwaltungsaufgaben der Generalkommission 18 000 M., "Correspondenzblatt" 32 000 M., ein italienisches und ein polnisches Gewerkschaftsblatt 13 000 M., Neutralarbeitersekretariat 11 000 Mark. An außerordentlichen Leistungen anlässlich verschiedener größerer Arbeitseinstellungen gingen über 120 000 Mark ein. Das Vermögen der Generalkommission beläuft sich auf 202 000 M. Die Einnahmen des letzten Jahres betragen 198 000 M. — Achtung, Schuhmacher! In Mainz streiken die Schuhmacher in zwei Fabriken, am Donnerstag kommen weitere vier Firmen dazu, so daß in sechs Schuhfabriken gestreikt wird. Die auswärtigen Kollegen werden dringend gebeten, Buzug strengstens fernzuhalten. — Aufschlußnahme. Am Sonnabend, 24. Februar, reichten die Kupferschmiede der Firma Gebrüder Dieph. L. Inhaber Friedrich Maurer, in Nordhausen wegen Maßregelung eines Kollegen ihre Kündigung ein. Zugang von Kupferschmieden ist deshalb fernzuhalten. — Die Bauarbeiter in Gütersloh (Westfalen) wurden ausgesperrt. — Die organisierten Glasarbeiter wurden wegen Ungehörigkeit zur Organisation von Jhens Glashütten in Odense (Dänemark) ausgesperrt. — Bohnbewegung der Formar und Gleisarbeiter. Der

Deutsche Metallarbeiterverband leitete eine sich über ganz Deutschland erstreckende Agitation auf Einführung der zehnfachen Arbeitszeit, Festlegung eines Minimallohnes, Regelung der Sonntags- und Nacharbeit und Zahl von Arbeitserlaubnissen für Formar und Gleisarbeiter ein. — Die Göttinger Kohlen- und Holzarbeiter sind in eine Lohnbewegung getreten. In einer von 1200 Arbeitern besuchten Versammlung stellten sie in Verbindung mit den Christlichen und Kathol. Dünkelchen folgende Forderungen auf: für Haushalt ein Minimallohn von 3,60 M., für Lehrbauer 3,50 M., für Ausländer 3 M., und für Schlepper 2,50 M.; Holz- und chemische Arbeiter sollen 3,20 M., Bergleute, Wächer usw. 3 M., Fabrikarbeiter 2 M. und Jugendliche 1,50 M., Maschinenarbeiter und Handarbeiter 3,20 M. Minimallohn erhalten. Die Antwort wird bis Sonntag erwartet. — Die Handarbeiter, Packer und Fahrer der Berliner Papiergroßhändler sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am Sonnabend wurden durch die Zeitung des Handels- und Transportarbeiterverbands die Forderungen an 31 Firmen der Branche übermittelt. Verlangt wird ein Anfangslohn von 24 M. pro Woche, steigend nach einvierteljährlicher Tätigkeit auf 25 M. und von da ab jährlich um 1 M. bis zum Höchstlohn von 30 M. Die Rutscherei soll die Anfangslohn auf 25 M. und der Höchstlohn auf 32 M. bemessen werden. — Die Lohnbewegung der Berliner Korbmacher hat zu verhältnismäßig guten Erfolgen geführt.

Neue Urteilsbriefe gegen organisierte Arbeiter sind jüngst wieder von dem berüchtigten Beamtensekretariat des Bezirks deutscher Arbeitgeber - Verbands verfaßt worden, um Arbeiter, die mit dem Unternehmertum in Differenzen geraten sind, nach allen Regeln deutscher Scharfschärfekunst zu verurteilen. Es handelt sich um die Arbeiter von fünf Firmen, die — wie immer auf Antrag des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller — in den wirtschaftlichen Raum getan werden, und zwar sind dies 33 Formar, 6 Kettmacher, 3 Guhpucker, 1 Schlosser und 2 Hülfearbeiter von der Firma Gebr. Pfeiffer in Kaiserslautern, 18 Kupferschmiede der Firma Ullrich in Hirsch in Ratingen bei Düsseldorf und 10 Formar der Eisengießerei W. Thohag in Ronnenberg. Von letzteren soll ein Teil „in völlig unberechtigter Weise“ gefülligt haben; einem anderen Teil ist dagegen geblüht worden, ob auch in völlig unberechtigter Weise, wird allerdings verschwiegen. Ferner weist der Verein deutscher Arbeitgeber seine Mitglieder per Handschreiben an, alle von der Eisengießerei "Gum" in Leer (Ostfriesland) sowie von der Firma Julius Meyer in Norden kommenden Formar, Schlosser, Schleifer, Emailleur und Hülfearbeiter „bis auf weiteres von der Einschließung auszuschließen“, weil ein Teil derselben gefülligt hat und am 17. resp. 19. Februar „in einen unberechtigten Zustand getreten“ ist. Das koalierte Unternehmertum sieht also sein gemeinschaftliches und gesetzwidriges Treiben gegen die Arbeiter fort. Freilich hat sich der Scharfschärferverband dazu bequemen müssen, die von ihm über die Arbeiter der Firma Mundlos u. Co. in Magdeburg sowie über „die infolge der Wahlrechtsmonstrationen in Hamburg von der Arbeitsschäfte weggeschobenen Arbeiter“ verhängte Sperrreise aufzuführen, angeblich deshalb, weil die Arbeit dort wieder aufgenommen worden ist. Befreit ist die Aushebung der Sperrreise auch erfolgt, weil die Kümmernisse infolge der Veröffentlichung ihrer Versammlungsprotokolle, einer neuen Anzahl Schadenerfahrungen von gemahngestellten Arbeitern rechtzeitig aus dem Wege gehen wollten.

Neunter Verbandstag der Hafenarbeiter. Am zweiten Tag wurde zunächst die Debatte über den Vorstandsbefreiung fortgesetzt. In der Abstimmung wurden die Forderungen des Vorstandes, betreffend Beschildung des Schutzbretts für alle im Schiffbau und in der Schiffsbauindustrie beschäftigten Arbeiter, betreffend das Gegenentgegensetzungsvorrecht mit 24 anderen Centralverbänden und betreffend das Regulativ für Gauvorstände, einstimmig angenommen. Die Anstellung weiterer Gaubeamter wurde dem Centralvorstand übertragen; alle darauf gerichteten Anträge wurde ihm zur Verabsichtung überwiesen. — Sodann folgte die Debatte über den Kassenbericht. Nachdem verschiedene Redner gesprochen, wurde dem Kassier einstimmig Entlastung erteilt. — Es wurde dann der Brief der Presse, der vom Redakteur Girlich erstattet wurde, vorgenommen. Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache um die Haltung des "Hafenarbeiter" anstößig des "Borwätz". Borwätz. Dieselbe nahm einen äußerst lebhaften Umsatz an, auf den einzugehen, wie unseren Lesern wohl ersparen können. Fortsetzung der Debatte am Mittwoch.

Vorsicht mit Solinger Verkaufsgeschäften! Unser Solinger Parteiblatt hat jetzt die mit Hilfe der Parteipresse zusammengetragenen Ergebnisse seines Aufrufs bezüglich der Geschäftspraktiken der im Kreise Solingen domiciliierenden Verkaufsgeschäfte in einem umfangreichen Artikel veröffentlicht und wir müssen zugeben, daß auf Grund der Erfahrungen, die ein Teil der Leser der Partei- und Gewerkschaftspresse mit den vornehmlich in Parteorganen inserierenden Firmen gemacht hat, die größte Vorsicht geboten erscheint. Unser Parteiblatt spricht den dortigen Verkaufsgeschäften, soweit sie andere als Stahlwaren vertreiben, jede Extremberechtigung ab. Die Arbeiter in den Großstädten und selbst in kleineren Städten könnten die Waren, die gewisse Solinger, Walder, Gräfenthal und Orlauer Verkaufshäuser vertreiben, zu Hause ebenso gut, wenn nicht noch besser beziehen. Dasselbe haben sie dann noch den Vorteil der Auswahl und Prüfung vor dem Kauf, was beim Verkauf völlig in Fortfall kommt. Wenn hier und da einige spekulative Firmen ihre Waren mit Vorwürfen von Parteiführern versehen, so gebe man darauf gar nichts. Die Leute, die auf die Gutmäßigkeit der Arbeiter spekulieren, stecken uns nicht nur fern, sondern sind sogar oft unsere Gegner. Also nochmals: Vorsicht mit Solinger Verkaufsgeschäften!

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde dieser Tage der zwölftjährige Quartaner Ogbowski vom Gymnasium in Hohenholza verwiesen. — Die von einem zwölfjährigen

Schüler begangene Verlehung der Ehre einer Majestät ist also gescheitert.

Westrancheste Ordnungsfürche. Wegen Unterschlagung amtlicher Güter im Betrage von über 30 000 M. bei Spender in Westerholt a. Ilse verhaftet und in das Gefängnis gebracht. Das Näherte muss erst die eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergeben. Es geht rund 40 000 M. ermittelt, von denen etwa 30 000 M. gedacht sind. Ob die blügerliche Verleumderpresse, die jede Untreue in einem Konsumverein, einer Krankenkasse usw. gleich der Sozialdemokratie an die Rockhöhle hängt, steht sämtliche Beamten des Oberungsstaates als Spitzbüben hinterlisten wird?

Bannungslück. Auf einem Neubau des Martinswerkes der Westfälischen Stahlwerke in Bochum sitzte ein Teil der Dachkonstruktion ein. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere teils schwer, teils leicht verletzt.

Arbeitskollegen als Mörder. Wie berichtet wird, haben in der Nacht in Rheine mehrere Arbeiter zwei ihrer Arbeitskollegen gewaltsam im Kanal ertränkt. Beider waren alle Nachsorgungen nach den Tätern ohne Erfolg.

Ertrunken. Aus Norden wird mitgeteilt, daß zwischen Stolberg und Wicht das Hochwasser nachts die Wohnung eines Fabrikmeisters erreichte, dessen Frau und Kinder in den Fluten umkamen, während der Fabrikmeister selbst in Stolberg auf einem Kanalwelt wohnte.

Verbrechen gegen das lebende Leben. Wegen Verbrechens wider das lebende Leben wurde in Wetzlar ein Fabrikant, seine Frau, zwei Kellnerinnen, eine Arbeiterin und ein Dienstmädchen verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Affäre erregt ungeheure Aufsehen.

Steuerhinterziehungen von erheblichem Umfang wurden vor der Stroßammer Elberfeld dem Braumeistermeisterlebhaber Friedrich B. von Ham und dessen Sohn Paul B. nachgewiesen. Die Steuerbehörde schätzte den defraudierten Alkohol auf 16 Liter täglich und berechnete danach die Steuerhinterziehung im Laufe der letzten 3 Jahre auf 9135,95 Mark. Die Stroßammer, vor der sie sich zu verantworten hatten, hielt die Angeklagten trotz ihres Brunnens für überführt und verurteilte B. sen. zu 3100 M. Geldstrafe und 2 Monaten Gefängnis, sprach ihm auch das Recht ab, jemals wieder eine Brennerei zu betreiben. B. jr. wurde zu 1000 M. Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Schulkind als Mutter. Vor dem Dessauer Schwurgericht stand unter der Anklage eines schweren Sittlichkeitsverbrechens der Chemiker Dr. phil. Hugo Große aus Blendorf in Anhalt. Der Angeklagte soll am Abend des 20. Dezember 1904 in der sogenannten "Karlsruhe" bei Blendorf, einem Seitenweg am dortigen Schloßpark, an einem Schülermädchen namens Frieda Lieder Notzucht begangen und unzüchtige Handlungen verübt haben. Die Lieder, die damals erst 12 Jahre alt war, ist infolge des Verbrechens von einem Kind entbunden worden. Der Angeklagte bestreit bei seiner Vernehmung jede Schuld und behauptete, an dem fraglichen Abend in Blendorf gewesen zu sein. Die Lieder bestreite ihr dagegen mit voller Bestimmtheit als den Täter. Sie will ihn an dem Abend, da heller Mondchein gewesen sei, deutlich erkannt haben. Sie hat Beweisaufnahme, zu der 41 Zeugen und 3 Sachverständige geladen waren, handelte es sich vor allem darum, festzustellen, welchen Beurkund der Angeklagte und die Lieder genossen. Die Aussagen der Zeugen standen miteinander vielfach im Widerspruch. Der Angeklagte wurde von verschiedenen Seiten als Schurkenjäger geschildert, dessen Neigung zu geschlechtlichen Aufschwemmungen bekannt sei. Auch der von ihm angetretene Altbübewitz fiel zu seinen Ungunsten aus. Der Lieder wurde zwar von ihren Eltern das beste Zeugnis ausgestellt, dagegen wurde von andern Zeugen manches Nachteilige über sie bekannt. Der nach kurzer Beratung verhündete Spruch der Geschworenen lautete auf nichtschuldig. Die Anklage des Verteidigers, die Kosten der Vertheidigung auf die Staatskasse zu übernehmen und dem Angeklagten eine Entschädigung wegen der erlittenen Untersuchungshaft zu gewähren, wurden vom Gericht abgelehnt.

Wegen eines Fackelzuges wurden die Krankenschwestern in Hannover am vorigen Montag verboten. Die Herren "Hirsche" hatten den sozialistischen Fackelzug gesperrt, am Fackelzuge zu Ehren der Kaiserlichen Silberhochzeit teilzunehmen. Und deshalb sollten die Krankenschwestern verlegt werden. Als ihnen die Gewerkschaften den kleinen Fässchen aus lauter Bosheit nicht erweisen wollten, stieckten sie die "Hirsche" hinter den Herrn Bürgermeister. Der wußte Rat! Swarz als Aufsichtsorgan fand er keinen Tadel einzuschreiten, aber wozu war der Herr denn Polizeichef? Kurzerhand verbot er die Wahlhandlung aus — sicherheitspolizeilichen Gründen!

Ein Denkmal von unserer Seiten Schande. Ein anno Domini 1828 geborenes Müllerlein kam in dieser Woche zu einem Gewerkschaftsbeamten in Hildesheim, um sich dem Verband der Fabrik-, Amb- und Hülfearbeiter anzuschließen, in der besten Hoffnung, daß der Verband ihr schaffen werde, was sie sonst in dieser besten aller Welten nicht gefunden: die gesuchte Eröffnung in ihrem hohen Alter. — Wahrschlich, diese Fan ist eine rechte Brügge für die Göttlichkeit unserer monarchistischen Gesellschaftsordnung! Täglich auch die Greifin, bei der es mit der herrlichen Reichsrente von 33½ Pfg. den Tag nicht völlig langt, ihre altenmütigen Mitglieder noch um 1 M. Lages- und 10 Pf. Stundenlohn abrufen. Und das in einem Betriebe, in dem sie ihr langes Frühstück nicht etwa in einem Speiserom, sondern bei der Arbeit, umgeben von Fabrikanten und Pomadenbüchsen, einnehmen muß. Steigt da nicht doch einigen der "gottgewollten" Geldsackherrenmenschen die Schamröte ins Gesicht?

Explosion. In der Chemischen Fabrik vormals Weiler in Köln fand eine Kesselexplosion statt, wobei ein Arbeiter getötet wurde.

Überschwemmungen. Aus Charleroi und Bütlich werden große Überschwemmungen infolge wolkenbruchartiger Regenfälle gemeldet, wodurch groÙe Schäden und an vielen Orten Verkehrsstörungen verursacht wurden. Bei Chatelet ertranken fünf Kinder einer Fischerfamilie, als diese sich von ihren Fahrzeugen an Land begeben wollte.

Frische Eier	10 Stück 60 Pf.
Gelzheringe	10 Stück 38 Pf.
Erbse, grün und gelb	Pfd. 13 Pf.
Geselt. Erbsen	18 Pf.
Weiße Bohnen	Pfd. 20 und 18 Pf.
10 Pfund Blaumennig mit Elmer	2.10 M.
5 Pfd. Marmelade mit Elmer	1.20 M.
El. Nüssen	Pfd. 24 Pf.
Gute Blaumen	Pfd. 25 und 20 Pf.
ff. gem. Zucker	Pfd. 19 Pf.
Zucker	Pfd. 23 Pf.
ff. holst. Metereibutter	Pfd. 1.30 M.
Brechbohnen	2 Pfund Dose 28 Pf.
Erbse	2 Pfund-Dose 13 und 39 Pf.

Margarine, Fleisch- u. Wurstwaren
in bekannter Güte.

Corned-Beef Pfd. 58 Pf.
in Dosen von 6 Pfd. 55 Pf. der Pfund.
Große Partien Käse.

Otto Burckhardt
Fernruf 1714 Königstraße 42.

Prima Schweinefleisch	Pfd. 80 Pf.
Prima Rindfleisch	Pfd. 55 Pf.
Prima Kalbfleisch	40 u. 50 Pf.
Prima hiesige Flehmen	80 Pf.
Pa. Leberwurst u. Gefüchte	Pfd. 70 Pf.
Prima Braunschweiger	Pfd. 60 Pf.
Bestes Schmalz	Pfd. 70 Pf.
Kopf und Bein	Pfd. 30 Pf.

empfiehlt

Wilh. Strohfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

kleine Kaufstücke
Prima Kohlwurst
Frisches Kopffleisch
Frische Brotwurst
Von 5 Uhr an:
Heiße Knadwurst
empfiehlt

Oscar Keil
Schlachterei u. Wurstmacheri mit elekt. Betrieb
Schwartauer Allee 65, Ecke Westhoffstr.
Fernsprecher 1447.

Pa. Schweinefleisch	Pfd. 80 Pf.
- Rindfleisch	Pfd. 60 Pf.
- Kalbfleisch	Pfd. 40 u. 50 Pf.
- Kohlwurst	Pfd. 60 Pf.
- Gehacktes	Pfd. 80 Pf.
- Ger. Mettwurst	Pfd. 1 M.
- Leberw. u. Gefüchte	Pfd. 80 Pf.
- Braunschweiger	Pfd. 70 Pf.
- Fülfze	Pfd. 60 Pf.
- Kopffleisch	Pfd. 40 Pf.
ff. Schmalz	Pfd. 70 Pf.
BratenSchmalz	Pfd. 40 Pf.

Sonnabend von 5 Uhr an:
Pa. frische Knadwurst
empfiehlt

Julius Strohfeldt
Schweine-Schlachterei
13 Meierstrasse 13
Fernruf 1228.



haben ein ganz ausnahmsw. sehr schönes zweijähriges

Füllen
geschlachtet, wovon wir keine Bratenstücke, schönes Beefsteak, f. Suppenfleisch und schöne Flehmen bestens empfehlen

Ernst Wulff Frau S. Becker
Bankettgrube 34. Wildergasse 23.
Telefon 958.

Prima junges Suppenfleisch, dicke Flehmen
empfiehlt

Hermann Dose
Schnellstraße.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Bübed und Nachborgebiete“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen:

„Hansesche Zeitung“ — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Bübed und Nachborgebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: „Gauß-Zeitung“

Verleger: E. H. Gause — Preis zum Preis der „Hanseschen Zeitung“ — Geschäftsführer

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts

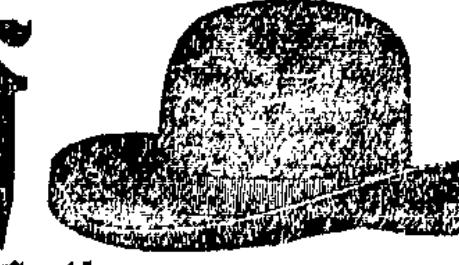
Totalausverkauf

Schirmfabrik

und

H. Stoppelman, Lübeck

Königstraße 73, Eingang Hüxstraße. — Filiale: Schwartau, Markt 12.



Hutbazar von

H. Stoppelman, Lübeck

Partie alte pisanen echten Holländischen Gläse

Pfd. 70 und 80 Pf.

Alten Tilsiter, Limburger, Ulmer, Morschkäse, Horzerkäse.

9 Eier 60 Pf.

Allerfeinste Meiereibutter 1.40, 1.30 Mk.

Rindsleisch, Schweinsköpfe, Kohlwurst, Landmettwurst, Landleberwurst, Holsteinisch. Landschinken, Landspeck, Schinkenspeck.

Ausverkauf von Gemüsesouvenirs.

Brech- und Schnittbohnen 2 Pfd. Dose 20 Pf., Erbsen 2 Pfd. Dose von 10 Pf. an.

Auf alle Waren rote Rabattmarken.

Hans Wegener, ob. Wahnstr. 10.

Fernsprecher 1630.

Geschäfts-Lebermühle.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend hierdurch die ergebene

Anm. eige, daß ich mit heutigem Tage die

Möller'sche Wirtschaft „Zur Herrenbrücke“

fürstlich übernommen habe.

Indem ich bitte, das meinem Vorgänger erwiesene Wohlwollen auch auf mich über-

tragen zu wollen, bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Joh. Schwarz.

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift

empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Bekanntmachung.

Der Ausverkauf der Waren aus der

C. Jacobsohn'schen Konkursmasse

(Kaufhaus Germania), bestehend in fertigen modernen

Herren- und Knaben-Garderoben,

Arbeiter- und Berufskleidung

und anderen Waren wird von

heute Nachmittag 3 Uhr ab

24 Breitestraße 24 —

gegenüber vom Hansa-Café —

zu fabelhaft billigen Preisen kurze

Zeit fortgesetzt.

Große Posten Konfirmanden-Anzüge zu außergewöhnlich

billigen Preisen.

Verkaufszeit: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 2—8 Uhr,

Sonntags wie gewöhnlich.

Central-Hallen.

2. grosser

Maszen-Ball

am Sonntag den 4. März 1906.

Maskenzug: 8 Uhr.

Karten im Vorverkauf zu den bekannten Preisen bei Herrn Friedrich Nagel und in den Central-Hallen.

Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

W. Borgwardt.

Große Möbel-Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will,
besuche

Paul Rehder's
Möbelgeschäft

13 Hundestraße 13.

Gebe auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

Bilder aus Lübecks Vergangenheit

Von Theodor Schwarz.

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwand geb. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pf.

Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung und Buchdruckerei.
Johannistraße 50.

Ein großer Posten sehr starke und gute
Herren-, Damen- und Kinder-Kleidung
soll Wahrzeichen wegen in Wirklichkeit spott-
billig verkauft werden.

38 Marlesgrube 38.

Scherm's
Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte

— Preis 1.50 Mk. —

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannistraße 50.

Von heute an
nur 96 Mark
für erstklassige Räder
J. Baade, Fadenbücher Allee 48.

Meinen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß von heute ab der Anstich von

ff. Hasenburger
Märzen-Bock

stattfindet. Um gütigen Zuspruch bittet
W. Göbel, Gr. Burgstr. 27.

Flora

Konzerthaus.

Halte meine neu eingerichteten
Lokalitäten dem geehrten Publikum
nach Schluss des Hansa-Theaters
bestens empfohlen.

Max Siems,
Besitzer.